

Ziviler Ungehorsam





I. Termine und Hinweise
S. 5Neues aus der Redaktion
S. 6Termine und Hinweise
II. Neues aus dem Förderverein
S. 12pax christi-Probemitgliedschaften
III. Beiträge zum Schwerpunktthema: Ziviler Ungehorsam
S. 15Ziviler Ungehorsam: Eine philosophische Reflexion
S. 26Ziviler Ungehorsam als Demokratie
S. 32Meinungen - Hinweise - Stimmen
S. 34Ziviler Widerstand – und: Die Kühnheit zu glauben
S. 36Kirchenasyl als Form des Zivilen Ungehorsams (?) - Interview mit Benedikt Kern
S. 41Juristische Aspekte des Kirchenasyls - Interview mit Antonia Plettenberg
S. 48Unsere Friedensbotschaft muss lauter sein denn je - Daniel Barenboim in der SZ
III. Berichte aus dem Diözesanverband
Diözesanversammlung
S. 52Bericht über die Diözesanversammlung
Meldungen aus dem Büro
S. 57Friedenskulturmonat 2023 - Veranstaltungen von und mit pax christi Münster
S. 63Friedenslauf 2023 - Laufen für Vielfalt und Frieden
S. 64Wohnen - ein Menschenrecht. Martinsscheune in Dinklage erhält den siebten Papst Johannes XXIII Preis
S. 66,Wo wohnst Du?" Laudatio zur siebten Verleihung des Papst Johannes XXIII- PreisesS.
S. 77pax christi - Delegiertenversammlung in Mainz
BERICHTE VON MITGLIEDERN
S. 79Der ökumenische Kirchengarten Oase
S. 81Kommentar zur Rede des Bundesministers für Verteidigung Boris Pistorius
S. 86Rezension

I Vorwort I

Liebe Friedensfreund*innen,

"Anwendung und Beurteilung "Zivilen Ungehorsams" ist im Moment ein vielbeachtetes Thema, eine vielgeübte Praxis und ein sehr kontrovers diskutiertes Instrument politischen Handelns.

Die Proteste der "Letzten Generation" vom Festkleben auf Straßen. Beschmutzen von Bildern: Blockade bis hin zu Hungerstreiks sind viel diskutiert und führen zu sehr unterschiedlichen Beurteilungen. "Ziviler Ungehorsam" hat eine lange Geschichte und kennt viele Formen. Einige zählen auch das "Kirchenasyl" dazu. Dabei ist es sicher eine Sonderform und nicht direkt als Beispiel "Zivilen Ungehorsams" anzusehen. Dennoch nehmen wir es in den Blick, weil es eine von vielen Formen politischen Protests und Widerstandspraxis ist, die insbesondere auch in kirchlichen Kreisen Aufmerksamkeit bekommt und politisch strittig diskutiert wird.

Der Aufsatz von Patrick Zoll SJ und Vincent Schäfer "Ziviler Ungehorsam: Eine philosophische Reflexion" führt sehr grundsätzlich und entschieden in das Thema ein. Der Beitrag von Lena Herbers aus dem "verfassungsblog" beleuchtet Geschichte und Beitrag für eine lebendige Demokratie. Klaus Hagedorn verweist auf die biblisch-christliche Kraft. Zum Kirchenasyl finden Sie erläuternde Gedanken von Benedikt Kern, ein Interview mit Frau Plettenberg vom DiCV. Linklisten ermöglichen weitere Informationen. Daniel Barenboim und der Süddeutschen Zeitung danken wir ausdrücklich für die Genehmigung des Abdrucks seines Textes: "Unsere Friedensbotschaft muss lauter sein denn je", den man wohl auch als Weihnachtstext lesen könnte.

Im Anschluss an unseren Schwerpunkt finden Sie wie gewohnt die Berichte über unsere Veranstaltungen, wie die diesjährige Diözesanversammlung und die Preisverleihung des Papst Johannes XXIII.-Preises an die Martinsscheune in Dinklage. Ferner lesen Sie einen Bericht über das "OASE"-Jahr 2023, den Ökumenischen Kirchengarten in Gronau.

Wenn Arbeit am Frieden immer auch Arbeit an Gerechtigkeit und den Rechten des einzelnen Menschen ist, dann sehen wir in den 4 I Vorwort I

Aktionen zum Klimaschutz und zur Rettung geflüchteter Menschen immer auch Beiträge im Ringen um eine friedlichere Welt. Wir wünschen allen immer mehr vom verkündeten Frieden der Weihnacht.

Das Redaktionsteam

Bernhard Damm Daniel Hügel Jan Henrik Röttgers



Wollen Sie auf dem Laufenden bleiben? Abonnieren Sie den Newsletter!

Nicht alle Termine, Meldungen und Hinweise können in der Korrespondenz erscheinen. Manches erreicht uns erst kurzfristig oder wird aufgrund der aktuellen politischen Lage veröffentlicht. Wenn Sie dennoch auf dem Laufenden bleiben wollen, dann schauen Sie gerne auf unserer Webseite vorbei oder senden Sie uns Ihre Email-Adresse (an muenster@paxchristi.de)—so können wir Ihnen regelmäßig Informationen über unseren Newsletter schicken.

Neues aus der Redaktion

Liebe Friedensfreund*innen,

ihr haltet die aktuelle Ausgabe unserer "Korrespondenz" in der Hand.

Wir freuen uns mit unserem Geistlichen Beirat Jan Henrik Röttgers ein neues Mitglied in der Redaktion begrüßen zu können.

Auf der anderen Seite verlassen uns nun jedoch drei Redaktionsmitglieder auf eigenen Wunsch. Wir bedanken uns bei Eberhard Ockel für die langjährige tolle Zusammenarbeit. Auch bei Eva-Maria Altena und Bernhard Damm möchten wir uns für die Zusammenarbeit in der Redaktion bedanken.

Wie in jeder Ausgabe steckt auch in dieser viel Arbeit der Redakteur*innen. Im Laufe der letzten Monate haben wir zunehmend festgestellt, dass wir diesen Aufwand in der aktuellen Form nicht mehr bewältigen können.

Wir wollen die Korrespondenz weiter in der gewohnten Form veröffentlichen – dies schaffen wir aber nur mit eurer Mitarbeit: Wir suchen Redakteur*innen, die bereit sind zur intensiven Mitarbeit. Die Korrespondenz ist eines der Aushängeschilder unserer Diözesanverbandes – lasst uns also gemeinsam dafür sorgen, dass sie uns erhalten bleibt!

Neue Redakteur*innen sollten genug Zeit haben, um sich aktiv und inhaltlich einzubringen, Ideen zu entwickeln und diese mit den weiteren Redaktionsmitgliedern auf den Redaktionssitzungen zu diskutieren.

Um es deutlich zu sagen: Wir brauchen mindestens zwei bis drei neue Mitglieder in der Redaktion damit die Korrespondenz in gewohnter Form erscheinen kann. Schaffen wir das nicht, wird die Zeitschrift zwangsläufig maximal nur noch in einer extrem reduzierten Form erscheinen können.

Meldet euch gerne bei uns im Büro, wenn ihr Interesse habt.

Das Redaktionsteam

Samstag, 13. Januar 2024, 16 Uhr Gastkirche und Gasthaus. Heilig-Geist-Str. 7, 45657 Recklinghausen

6

Friedensgottesdienst zum Jahresbeginn mit anschließendem Beisammensein

Wir laden zur geistlichen Stärkung, zum Tradition gewordenen Gottesdienst aus Anlass des Weltfriedenstages in die Gastkirche in Recklinghausen ein. Anschließend finden wir uns zu leiblicher

Stärkung und zum Austausch im Forum des Gasthauses zusammen. Wir würden uns freuen, viele von Euch wiederzusehen.

Samstag, 20. Januar 2024, 9.30 Uhr bis 17.30 Uhr LVHS Freckenhorst, Am Hagen 1, 48231 Warendorf

Braucht die christliche Friedensethik eine "Zeitenwende"? Studientag pax christi Freckenhorst

Referent: Jan Henrik Röttgers

Bei diesem Studientag wollen wir uns zum einen über die Grundlagen der christlichen Friedensethik und ihrer Konsequenzen auseinandersetzen.

Seit dem vergangenen Jahr ist das Wort "Zeitenwende" in aller Munde und meint eine Hinwendung zu einer stärkeren Militarisierung und Aufrüstung.

Darum wollen wir zum anderen uns mit der sog. Zeitenwende kritisch auseinandersetzten und die christliche Friedensethik mit den aktuellen politischen und gesellschaftlichen Verhältnissen ins Gespräch bringen.

Sie sind herzlich eingeladen!

Alle Infos und Anmeldung unter: https://www.lvhs-freckenhorst.de/seminar/24-459S55 Freitag, 26.1.2024, 19.30 Uhr Gasthaus Recklinghausen, Heilig-Geist-Str. 7, 45657 Recklinghausen

Von der Friedensarbeit in Sarajevo und Zagreb zu einer Politik der Gewaltfreiheit

Mit Otto Raffai, Trainer für gewaltfreie Konflikttransformation (Zagreb/ Kroatien)

Seit über 20 Jahren organisiert Otto Raffai Lernorte, wo Menschen ihre Beiträge zur Friedensförderung entdecken und umsetzen lernen und ihre Kriegserfahrungen bearbeiten können. Ziel ist auch, aktive Gewaltfreiheit als Haltung und Alternativweg aufzuzeigen. Da der Lebenskontext auf dem Balkan multiethnisch und multireligiös geprägt ist, kommt den Religionen eine besondere Bedeutung für die Versöhnung zwischen den verfeindeten Volksgruppen zu. Otto Raffai setzt sich deshalb stark für den interreligiösen Dialog und die Erinnerung an das Friedenspotential der Religionen ein.

Samstag, 27. Januar 2024, 10 – 16 Uhr Gasthaus Recklinghausen, Heilig-Geist-Str. 7, 45657 Recklinghausen

Weihnachtsgeschichten neu gelesen

Studientag mit Bibellektüre

Gast: Franck Ploum (Kerkrade - Niederlande 1968) ist Theologe und beschäftigt sich mit der Bibel als Befreiungsgeschichte und als Politisches Buch.

Veranstalter*innen sind der pax christi Diözesanverband Münster und das Institut für Theologie und Politik (ITP).

Um Anmeldung wird gebeten unter: muenster@paxchristi.de

Samstag, 23. März 2024, 12 Uhr Platz vor der Überwasserkirche, Münster

Politisches Mittagsgebet

pax christi Münster lädt zu einem politischen Mittagsgebet auf dem Platz vor der Überwasserkirche ein. Das Thema wird noch festgelegt und bekanntgegeben. Bei schlechtem Wetter weichen wir in die Überwasserkirche aus.

SAVE THE DATE

Samstag, 29. Juni 2024 Münster

Diözesanversammlung 2024

Unsere Diözesanversammlung 2024 findet in Münster statt. Der genaue Ort und das Programm werden rechtzeitig bekanntgegeben.

Frauen geben Frieden ein Gesicht

Die Ausstellung stellt 20 bosnische Frauen mit ihren Lebensgeschichten vor. Sie stammen aus unterschiedlichen Teilen des Landes, und als der Krieg in Bosnien und Herzegowina 1992 ausbrach, standen

die meisten mitten im Leben. Sie waren berufstätig, und einige hatten Kinder. Manche waren auch noch sehr jung, gar Kinder. Die einen sind in einer muslimischen Familie aufgewachsen, die anderen in einer serbisch-orthodoxen oder einer katholischen. Sie lebten auf dem Dorf oder in der Stadt, waren Lehrerin oder Fabrikarbeiterin, hatten gerade eine Ausbildung angefangen. Eine lernte als Grundschulkind das Lesen und Schreiben in einem Keller, wohin sie mit ihren Eltern vor den Bomben geflüchtet war. Sie alle haben Schreckliches erlebt, viele verloren ihre liebsten Menschen, wurden vergewaltigt, erlitten dauerhafte gesundheitliche Schäden an Leib und Seele, flohen, wurden vertrieben oder in schrecklichen Lagern interniert.

Kein Frieden ohne Versöhnung

Die Frauen wollen an die Grausamkeiten erinnern, die sie während des Krieges erleben muss-



ten. Nichts soll vergessen werden! Sie wollen andererseits und vor allem jedoch zeigen, dass Frieden ein andauernder Prozess ist, der nur durch das gemeinsame Aufarbeiten des Geschehenen möglich ist und allein über Versöhnung wirksam werden kann.

Diese Ausstellung erhält bei genauerem Hinsehen auch eine Bedeutung weit über die Grenzen hinaus. Das ist der Grund, warum die Internationale Katholische Friedensbewegung pax christi und das Forum Ziviler Friedensdienst e.V die Ausstellung nun auch in Deutschland zeigen. Denn die Beispiele dieser couragierten bosnischen Frauen werfen Fragen auf, die in vielen Ländern und Gesellschaften – nicht nur im Zuge von Kriegen, wie dem derzeit in der Ukraine oder Israel/Palästina – beantwortet werden müssen. Wie kann die Erinnerung an geschehenes Unrecht wachgehalten werden? Wie können Täter und Täterinnen angemessen zur Rechenschaft gezogen werden? Wie können Bürger- und Menschenrechte gewährleistet werden? Wie kann friedliches Miteinander in multikulturellen Gesellschaften gelingen?

Sie schenken ihre Geschichte allen

Die Frauen, die in dieser Ausstellung porträtiert werden, haben für diese Fragen ihr Herz nach außen gewendet. Sie machen ihre Geschichte öffentlich. Sie unterstützen bis heute unzählige Frauen darin, nach dem Krieg neue Perspektiven für ihr Leben zu entwickeln.

Eine andere Geschichte vom Krieg

In der Ausstellung wird eindrücklich gezeigt, dass Kriegsgeschichte keinesfalls nur eine Erzählung von Schlachten, Waffen, Kriegshelden, Zahlen von Toten und Verlusten ist. Ja, sie darf es nach dem Willen dieser Frauen gerade nicht sein. Vielmehr wird hier dem Erleben und der Erinnerung der Frauen viel Raum gegeben, damit die Geschichte "den kommenden Generationen beständig in Erinnerung bleiben wird."

In der Ausstellung sieht man sich Auge in Auge mit den Frauen. In einer langen, beeindruckenden Reihe schauen sie in den Raum. Zugleich sind ihre Porträts mit Text aus ihrer eigenen Geschichte hinterlegt; das verstärkt und unterstreicht, wie wichtig jedes Detail im Leben dieser Frauen ist. Die deutsche Übersetzung wird von den originalen bosnischen Texten begleitet. Das nicht ohne Grund: "Seht her, hier geht es nicht allein um den Krieg in unserem Land, der schon lange

vorbei ist; hier geht es auch nicht allein um unsere Schicksale – das, wovon wir erzählen, geht euch alle an – und ihr müsst, wie wir, für euch Antworten auf eure Bedrohungen und Probleme finden", rufen die Frauen allen zu.

Die Visionen der Frauen

Die Lebensgeschichten in dieser Ausstellung werden auf der Basis von Interviews erzählt. Was für die Frauen besonders wichtig ist, wird in einem Zitat besonders herausgestellt. So sagt eine: "Das Beste, was Sie für sich tun können, ist nicht zu schweigen, sich nicht zu verschließen, sondern sich vielmehr mitzuteilen und über die eigenen Probleme zu sprechen".

Die Frauen appellieren an alle Frauen: "Seid untereinander solidarisch, gebt euch nicht mit dem zufrieden, was euch zugeteilt wird, werdet so stark, dass euch niemand Gewalt antun kann oder euch daran hindert, euren eigenen Weg im Leben zu gehen, seid wirtschaftlich unabhängig."

Weitere Informationen zur Ausstellung und zu Veranstaltungen unter www.forum-st-peter.de



Ist es nicht verwunderlich, dass es praktisch keinem Mitglied unseres Diözesanverbandes gelungen ist, den eigenen Kindern und auch Enkeln etwas von der Begeisterung und Motivation für das eigene Engagement für Frieden und Gerechtigkeit in der pax christi-Bewegung weiterzugeben?

Bis auf wenige Ausnahmen sind Kinder und Enkel unserer Mitglieder nicht als pax christi-Mitglieder in unserem Diözesanverband zu finden.

Dafür gibt es sicher viele Erklärungen. Aber es ist doch frappierend für mich, dass dies durchgängig für fast alle Mitglieder gilt.

Dabei brauchen wir die mittlere und die junge Generation doch so dringend, nicht nur damit der Diözesanverband uns überlebt, sondern auch weil Frieden und Gerechtigkeit und auch die Bewahrung der Schöpfung fortwährendes Engagement benötigen.

Wenn Ihr das bisher "Gesagte" auch so oder so ähnlich seht, wie wäre es denn dann, wenn Ihr Euren Kindern oder Enkelkindern eine z.B. zweijährige Probemitgliedschaft in pax christi für z.B. 25,50 € im Jahr schenken würdet? Wäre das nicht ein gutes Geschenk zu Weihnachten, das wir auch als Fest des Friedens feiern?

Eine zeitlich begrenzte Probemitgliedschaft eignet sich selbstverständlich auch als Geburtstagsgeschenk, als Geschenk zur Firmung oder als Geschenk ohne Anlass, einfach aus Zuneigung. Das für diese Zwecke erstellte Formular findet Ihr unter folgendem Link:

https://www.muenster.paxchristi.de/ meldungen/view/5293137253629952/ Mitgliedschaft%20verschenken

Der Diözesanvorstand würde sich sehr freuen, wenn wir mittels der zeitlich begrenzten Mitgliedschaften in Kontakt kämen mit Menschen mittleren und jungen Alters. Wir würden die "Probezeit" sicher nutzen, um mit den Probemitgliedern in einen Austausch zu kommen.



Ziviler Ungehorsam:

Eine philosophische Reflexion

Patrick Zoll SJ, Vincent Schäfer

Ist der zivile Ungehorsam der Letzten Generation demokratietheoretisch gerechtfertigt? Die Aktivistinnen drängen auf politische Veränderung angesichts der katastrophalen Folgen des Klimawandels. Damit rütteln sie an einem von Ignoranz und Ohnmacht geprägten autoritär-legalistischen Staatsverständnis. Wenn nun der Rechtsstaat zivilen Ungehorsam gewaltsam unterbinden will, "dann schützt er damit nicht souverän seinen liberalen Charakter, sondern unterminiert in unsouveräner Weise das Fundament, auf dem er aufruht". Patrick Zoll SJ ist Professor für Metaphysik an der Hochschule für Philosophie in München. Vincent Schäfer ist seine wissenschaftliche Hilfskraft und Mitglied der Letzten Generation.

Mitglieder klimaaktivistischer Bewegungen wie der Letzten Generation oder Extinction Rebellion bezeichnen ihre gesetzeswidrigen Proteste als "zivilen Widerstand" oder "zivilen Ungehorsam". Sie bestreiten also nicht den rechtswidrigen Charakter ihrer Aktionen. Vielmehr argumentieren sie, dass Aktionen wie das Blockieren von Straßen aufgrund der Klimakrise legitime Formen des Protests sind, nämlich eben Aktionen zivilen Ungehorsams, d.h. Handlungen, die nicht legal, aber legitim sind. In der oft emotional aufgeheizten und wenig differenzierenden öffentlichen Debatte wird dieser

Anspruch von Legitimität vor allem mit zwei Argumenten kritisiert. Erstens wird eingewandt, dass das Blockieren von Straßen nicht friedlich und gewaltlos sei und deshalb ein wichtiges Kriterium zivilen Ungehorsams nicht erfüllt sei. Zweitens wird vorgebracht, dass selbst wenn es sich bei den Aktionen der Letzten Generation um eine Form des zivilen Ungehorsams handele, ein derartiger Ungehorsam aus demokratietheoretischen Gründen abzulehnen sei.

Im Folgenden soll aus philosophischer Perspektive erörtert werden, ob und in welchem Maße diese Einwände entkräftet werden können. Beginnen wir mit der Frage, was ziviler Ungehorsam ist. Jürgen Habermas definiert ihn wie folgt: "Ziviler Ungehorsam ist ein moralisch begründeter Protest, dem nicht nur private Glaubensüberzeugungen oder Eigeninteressen zugrunde liegen dürfen; er ist ein öffentlicher Akt, der [...] in seinem Ablauf kalkuliert werden kann; er schließt die vorsätzliche Verletzung einzelner Rechtsnormen ein, ohne den Gehorsam gegenüber der Rechtsordnung im Ganzen zu affizieren: er verlangt die Bereitschaft, für die rechtlichen Folgen der Normverletzung einzustehen; die Regelverletzung, in der sich ziviler Ungehorsam äußert, hat ausschließlich symbolischen Charakter – daraus ergibt sich schon die Begrenzung auf gewaltfreie Mittel des Protests."1

Als Ungehorsam hat ziviler Ungehorsam mit anderen Arten von Ungehorsam gegenüber geltendem Recht gemeinsam, dass er das Brechen eines Gesetzes involviert.²

Dies grenzt zivilen Ungehorsam von anderen Protestformen wie z.B. Demonstrationen ab. Bei direktem zivilem Ungehorsam wird das Gesetz gebrochen, gegen welches sich der Protest richtet. Rosa Parks etwa saß im Bus auf Plätzen, die per Gesetz Menschen mit heller Hautfarbe vorbehalten waren. Bei indirektem zivilem Ungehorsam hingegen wird ein Gesetz gebrochen (z.B. Eigentumsgesetze oder Gesetze der Straßenverkehrsordnung), welches ansonsten akzeptiert wird, um damit Protest gegen ein anderes Gesetz oder politische Maßnahme auszudrücken. Was zivilen Ungehorsam von anderen (beispielsweise kriminellen) Gesetzesbrüchen unterscheidet, ist, dass es sich um eine ethisch motivierte und moralisch begründete Symbolhandlung handelt, die Protest gegen einen schwerwiegenden moralischen Missstand zum Ausdruck bringen soll.

Damit ziviler Ungehorsam als "zivil" gelten kann, müssen mindestens vier Bedingungen erfüllt sein.³ Erstens müssen Akte zivilen Ungehor-

sams auf Kommunikation abzielen. Sie haben einen Adressatenkreis. nämlich die Mehrheit der Bevölkerung, die sie auf ein großes Unrecht hinweisen und für eine Änderung oder Reform zur Beseitigung des Übels gewinnen wollen. Zweitens sind bewusste, ethisch motivierte und auf Kommunikation angelegte Gesetzesbrüche nur dann Akte zivilen Ungehorsams, wenn sie öffentlich sind. Dies besagt unter anderem, dass sie ihre Akteure nicht anonym sind, sie angekündigt werden und Verantwortung für sie übernommen wird. Ein drittes Kriterium ist Gesetzestreue. Dies mutet etwas paradox an, da das bewusste Brechen eines Gesetzes doch Teil der Definition zivilen Ungehorsams ist. Zivilen Ungehorsam zeichnet aber aus, dass er aus Respekt vor dem Gesetz das Gesetz bricht. Dieser Respekt kommt darin zum Ausdruck, dass man die Bestrafungen für die Gesetzesbrüche durch den Gesetzgeber grundsätzlich akzeptiert. Damit unterscheiden sich Klimaaktivsten von Reichsbürgern oder Anarchisten. Es geht nicht um einen grundlegenden Umsturz der demokratischen Ordnung oder eine grundsätzliche Ablehnung des Staates und seiner gesetzgeberischen Autorität.

Eine vierte und letzte Bedingung ist die Gewaltfreiheit, und die Gretchenfrage ist, ob diese Bedingung bei Straßenblockaden erfüllt ist. Während Aktivisten auf ihr rein passives und aus ihrer Sicht vollkommen gewaltfreies Verhalten verweisen, werfen ihnen ihre Kritiker vor, dass die mögliche Inkaufnahme indirekter Schädigung (z.B. das Verpassen eines wichtigen Termins) oder die Ausübung von nicht-physischem Zwang eine Art von Gewaltausübung darstellt.

Die Diskussion um die Frage nach der Gewaltförmigkeit passiven Widerstands ist keine neue. Vor allem in juristischen Debatten wurde in Folge des Laepple-Urteils⁴ 1969 unter dem Stichwort der Vergeistigung des Gewaltbegriffs Kritik an der Verwässerung und fehlenden begrifflichen Trennschärfe einzelner Gewaltphänomene laut. So klassifizierte der BGH in diesem Urteil das symbolische Blockieren einer Straßenbahn aus Protest gegen geplante Tariferhöhungen als gewalttätige Handlung im Sinne einer Gewaltnötigung (§ 240 StGB) mit der Begründung, dass die Beklagten "mit geringem Kraftaufwand einen psychisch determinierten Prozess in Lauf setzten".5 Damit hob der BGH die psychische Zwangseinwirkung auf eine begriffliche Ebene mit der zuvor gängigen Gewaltinterpretation im Sinne des Nötigungsparagra-

Jürgen Habermas: Herbst 83 – oder die moralische Neutralisierung des Rechts.
 In: Die Neue Unübersichtlichkeit. Frankfurt am Main 1985, 77-117, 83.

² Bei der Charakterisierung zivilen Ungehorsams orientieren wir uns hier und im Folgenden – neben der von Habermas vorgeschlagenen Definition – an der Darstellung von Candice Delmas

und Kimberley Brownlee: Civil Disobedience. In: The Stanford Encyclopedia of Philosophy(Winter 2021 Edition). Hg. von Edward N. Zalta. Auf: https://plato.stanford.edu/archives/win2021/entries/civil-disobedience/>.

³ Vgl. ebd.

⁴ Vgl. BGHSt 23, 46/60.

⁵ Ebd. 54.

fen der "Inbewegungsetzung des körperlichen (physischen), äußeren (mechanischen) Zwanges gegen Personen".6 Gleichzeitig hielt der BGH an der (damaligen) durch die Erweiterung des Gewaltbegriffs nun äußerst fragwürdig gewordenen Auslegung des § 240 Abs. 2 StGB fest und bekräftigte, dass "die Gewaltanwendung praktisch indiziell für die Verwerflichkeit der Nötigung"⁷ sei. Damit wurde jede Berücksichtigung eventueller Fernziele und Protestzwecke aus der Verwerflichkeitsprüfung in die Strafzumessung abgeschoben.

Auf die Problematik einer solchen Ausweitung des Gewaltbegriffs wies in der damaligen Debatte der Rechtswissenschaftler Günter Frankenberg hin: "Wenn Passivität als Entfaltung von Gewaltsamkeit und Streiks oder Sitzstreiks als gewaltsame Nötigung interpretiert werden, wenn auch das Unterlassen jeglicher physischen oder psychischen Zwangseinwirkung auf andere Personen bereits als passive Gewalt gelten kann, dann führt die Verpflichtung auf gewaltlose Protestmittel geradewegs zur Verpflichtung, auf jeglichen Protest zu verzichten, der als politisch motiviertes Dasein den Unmut anderer hervorrufen oder die Bewegungs-

freiheit anderer auch nur unwesentlich beeinträchtigen könnte."8

Das Problem eines vergeistigten Gewaltbegriffes ist also, dass er die Hürden für gewaltfreien Protest so hoch ansetzt, dass mit ihm letztlich fast jede Form von Protest gewalttätig delegitimiert werden kann. Mit ihm lässt sich jegliche, auch noch so kleine Störung hervorrufende Versammlung bereits als gewalttätig kennzeichnen. Er kann demnach leicht dazu missbraucht werden. unliebsame Protestformen dem Schutzbereich des Art. 8 Abs. 1 GG vorzuenthalten. Dieser erlaubt es allen, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln.

Doch die Rechtsprechung ist in den letzten Jahrzehnten nicht stehengeblieben. Das BVerfG unternahm 1995 den Versuch, den Gewaltbegriff wieder zu begrenzen und wies darauf hin, dass "durchaus Fälle denkbar [seien], in denen ein Sitzen auf der Straße nicht als Gewalt im Sinne des § 240 StGB gewertet werden müsse." Doch der BGH ließ es dabei nicht bewenden. Er akzeptierte den nun wieder engeren Gewaltbegriff des BVerfG und

gestand zu, dass bei blockierten Autofahrern in erster Reihe keine Gewalt im Sinne des § 240 StGB vorliegt, da die menschliche Barriere nur ein psychisches und kein physisches Hindernis darstellt. Für alle folgenden Fahrzeuge sei die Barriere allerdings physischer Natur, da die sie umgebenden Fahrzeuge ein unüberwindbares und durch die Blockierer in Kauf genommenes Hindernis darstellen, die Fahrzeugführer also physisch und nicht nur psychisch an der Weiterfahrt gehindert sind. 10 Die sog. "Zweite-Reihe-Rechtsprechung" entspricht der aktuellen juristischen Praxis. Das Problem der juristischen Rubrizierung von Straßenblockaden als Gewalt(förmig) besteht also weiterhin fort, nur jetzt mit dem Verweis auf ihre physische anstatt ihre psychische Natur.

Eine solche Rechtspraxis ist problematisch, da sie Straßenblockaden als Gewaltnötigung interpretiert und durch diese Benennung einer (Medien-)Öffentlichkeit vermittelt, jene Aktionen der Letzten Generation als legitime Protestmittel dem Begriff des zivilen Ungehorsams, welcher sich auf gewaltfreie Mittel beschränkt, entziehen zu können. Denn die entschiedene Abgrenzung, die der zivile Ungehorsam gegen widerständige Kampfhandlungen

vornimmt, ist bei Straßenblockaden, die sich nur als symbolischer Protest verstehen können, klar gegeben.

Gewaltvolle Reaktionen

Aus philosophischer Sicht ist es jedoch dringlich geboten, auch auf die Gewalt zu reflektieren, mit der auf klimaaktivistische Aktionen wie der der Letzten Generation von Seiten der Polizei, der Justiz aber auch der einzelnen (Landes-) Regierungen reagiert wird. Gezielte Schmerzgriffe, Razzien, mehrwöchiger Präventivgewahrsam oder lange Haftstrafen gegen Aktivisten, die höchstens Bagatelldelikte begehen, sind unverhältnismäßig und involvieren z.T. eine massive Gewaltausübung von Seiten des Staates.

In Walter Benjamins vielbeachteten und kontrovers diskutierten Essav Zur Kritik der Gewalt lassen sich Anknüpfungspunkte zur Analyse dieses Phänomens finden. Er stellt fest, dass jedes Rechtsregime durch seinen initialen Akt der Rechtsetzung gewaltsam einen normativen Rahmen festlegt, aus dem heraus es erst seine eigene Legitimität selbstverständlich in Abgrenzung zu einem Außerhalb des Rechts beziehen und erhalten kann. Im Akt der Rechtserhaltung perpetuiert es die Gewalt seiner Setzung unaufhörlich, da es sich nur in stetiger Entgegensetzung zum Außerrecht-

⁶ RGSt 45, 151/157, 156.

⁷ BGHSt 23, 46/60, 55.

⁸ Günter Frankenberg: Ziviler Ungehorsam und Rechtsstaatliche Demokratie. In: Juristen Zeitung 6/1984, 266-275, 269.

⁹ BVerfG 92, 1/25, 7.

¹⁰ Vgl. BGHSt 41, 182/187.

lichen konstituieren kann. Benjamin folgert daraus, "daß das Interesse des Rechts an der Monopolisierung der Gewalt gegenüber der Einzelperson sich nicht durch die Absicht erkläre, die Rechtszwecke, sondern vielmehr durch die. das Recht selbst zu wahren. Daß die Gewalt, wo sie nicht in den Händen des jeweiligen Rechtes liegt, ihm Gefahr droht, nicht durch die Zwecke, welche sie erstreben mag, sondern durch ihr bloßes Dasein außerhalb des Rechts."11 Folgt man dieser Analyse, muss ein starres Rechtsregime Akte des zivilen Ungehorsams trotz geteilter Zwecke als gewalttätige Bedrohung deklarieren, selbst wenn sich jene gewaltloser und friedlicher Mittel bedienen.

Christoph Menke nimmt in seiner Arbeit zur Entstehung der modernen, bürgerlichen Rechte diese grundsätzliche Analyse Benjamins auf und entwickelt sie weiter. Das moderne Recht, das im Modus der Selbstreflexion operiert, begrenzt seine eigene Gewalt, indem es das "Nichtrechtliche (oder Natürliche) legalisier[t]".12 Dadurch ist es im

Letzten verdammt darauf, sich auf die Sicherung des Privaten gegen die Gewalt der Willkür oder der Teilhabe zu beschränken. In der gesetzlichen Ermächtigung "privater Ansprüche, die es als gegeben voraussetzt"13, also der positiven Verrechtlichung vorrechtlicher und damit natürlicher Verhältnisse, sieht Menke die ungerechte beziehungsweise – mit der Terminologie Benjamins gesprochen -gewaltsame initiale Machtsetzung bürgerlichen Rechts. Damit zahlt es den Preis für die Fähigkeit, zwischen der Gewalt der Verletzung und der Gewalt der Veränderung differenzieren zu können. Menke kommt daher zu dem Schluss: "Deshalb – weil sie die Veränderung dessen ausschließt, was sie legalisiert – ist die rechtliche Sicherung des Eigenen ununterscheidbar von der Bewahrung des Bestehenden. Darin erweist sich das bürgerliche Grundprogramm der Sicherheit als das antipolitische Programm schlechthin. Die rechtliche Sicherung des Eigenen entzieht es der Veränderung."14

Selbstentmächtigung der Politik

Dies ist die Selbstentmächtigung der Politik, da sie durch die Erklärung bürgerlicher Rechte das Natürliche legalisiert und eben durch die unbestimmte rechtliche Sicherung ihrer eigenen politischen Durchdringung entzieht. Während Menke deshalb für die Notwendigkeit einer Art von "Gegenrechten" plädiert, sehen Étienne Balibar und Jacques Rancière in der Erklärung der Menschenrechte die Schaffung einer "neue[n] Art gesetzlicher Ordnung: eine Ordnung, der die "Insurrektion" gegen die Ordnung in der Form eines (Menschen-)Rechts eingeschrieben ist."15

Die Analysen dieser Philosophen sind überaus hilfreich, um die Vehemenz zu verstehen, mit welcher sich eine Gesellschaft der Notwendigkeit der Veränderung versperrt und deren Einforderung nur undifferenziert als Gewalt rubriziert. Genau diese Notwendigkeit zur Veränderung wird uns jedoch durch die physikalische Realität der Klimakrise längst diktiert und von störenden Aktivisten gegenüber einem ständig verdrängenden Kollektiv immer wieder unignorierbar eingefordert. In Akten des zivilen Ungehorsams, die sich symbolisch gegen Formen individuellen Handelns richten, die zwar rechtlich zugebilligt, aber kollektiv – aufgrund ihrer verheerenden Auswirkungen – nicht hinzunehmen sind, formuliert sich die Forderung nach

der Repolitisierung des legalisierten Natürlichen auf radikale Weise. Es ist der entschiedene Einspruch gegen die Form subjektiver Rechte, die zum Egoismus berechtigt.

Aktionen des zivilen Ungehorsams stellen den Rechtsstaat vor eine Herausforderung, da sie klar den Rahmen der Legalität verlassen. In unserer Verfassung gibt es kein Recht auf zivilen Ungehorsam. Fr ist etwas dezidiert anderes als das in Art. 20 Abs. 4 GG geregelte Widerstandsrecht und kann daher im Allgemeinen seine Legitimität nicht direkt aus unserer Verfassung begründen. Sein außerrechtlicher Charakter ergibt sich schon aus der begrifflichen Bestimmung des zivilen Ungehorsams. Versuche, zivilen Ungehorsam zu legalisieren, würden zum einen seine moralischappellative Wirkung, die in der Bereitschaft besteht, für seinen Protest massive rechtliche Konsequenzen zu tragen, untergraben und sich außerdem in rechtstheoretischen Widersprüchen verstricken. Eine Rechtsordnung, die in Fällen schwerwiegender Ungerechtigkeit einen moralisch begründeten Protest in Form von Gesetzesübertritten rechtlich zugebilligt, würde ihr eigenes Versagen im Verfahren demokratisch gesicherter und institutionell gewährleisteter Revisionsmöglichkeiten eingestehen und infolge eines solchen Versagens

¹¹ Walter Benjamin: Zur Kritik der Gewalt. In: Zur Kritik der Gewalt und andere Aufsätze. Mit einem Nachwort von Herbert Marcuse. Frankfurt am Main 2019, 29-65, 34 f.

¹² Christoph Menke: Kritik der Rechte. Frankfurt am Main 2018, 405.

¹³ Ebd.

¹⁴ Ebd. 406.

¹⁵ Ebd. 392.

seinen eigenen bindenden Ordnungscharakter zur freien Disposition stellen.

Trotz seines außerrechtlichen Charakters hat sich ziviler Ungehorsam aber keineswegs vom Recht verabschiedet. Er kann mit dem Verweis auf seine moralisch begründete Motivation keinen Dispens vom Recht für sich reklamieren, sondern versteht sich in einer reifen politischen Gesellschaft immer wieder an dieses rück- und letztlich in paradoxer Weise eingebunden. Habermas bringt diesen Zwischencharakter in folgender Formulierung auf den Punkt. Bei zivilem Ungehorsam handelt es sich um "Akte, die ihrer Form nach illegal sind, obwohl sie unter Berufung auf die gemeinsam anerkannten Legitimationsgrundlagen unserer demokratisch-rechtsstaatlichen Ordnung ausgeführt werden."16 Die Berufung auf gemeinsam anerkannte Legitimationsgrundlagen ist zentral und sollte noch einmal hervorgehoben werden, um zu verdeutlichen, dass sich ziviler Ungehorsam nicht aus dem Rückgriff auf eine wie auch immer geartete Privatmoral begründet, sondern sich universellen Grundrechten sowie demokratisch-rechtsstaatlichen Prinzipien verpflichtet fühlt. Der Blick auf die Entwicklung univer-

salistischer Verfassungsgrundsätze oder Grundrechte zeigt einen diskontinuierlichen und von Rückschlägen gekennzeichneten Prozess, dessen Fortentwicklung häufig gegen große Widerstände erstritten werden musste, heute jedoch als selbstverständlich gilt. Es wäre Hybris zu meinen, dieser Lernprozess sei abgeschlossen.

Schon aus den Grundprinzipien einer liberalen Demokratie ergibt sich die Pflicht, differenziert mit Formen zivilen Ungehorsams umzugehen. Der demokratische Rechtsstaat zeichnet sich dadurch aus, dass er sich in seiner Legalordnung eben nicht vollends erschöpft. Dies wird mit dem Verweis auf das berühmte Böckenförde-Diktum (Der freiheitliche, säkularisierte Staat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann) deutlich. Der liberale Staat kann im Letzten keinen absoluten, sondern immer nur einen qualifizierten Gehorsam einfordern. Darin zeigt sich jenes Wagnis, das der liberale Staat eingehen und sich als seine eigene Möglichkeitsbedingung voraussetzen muss, jedoch ohne dass er diese garantieren könnte, da er ansonsten seine eigene Möglichkeitsbedingung wiederum selbst negieren würde.

Aus philosophischer und demokratietheoretischer Sicht ist eine oft vorgetragene "Gesetz-ist-Gesetz"-

Mentalität und der Ruf nach härteren Strafen insofern als kritisch zu beurteilen, da er kaum von einem autoritären Legalismus unterschieden werden kann, der die Bedingung der Möglichkeit eines liberalen Staates unterminiert. Eine liberale Rechtsordnung kann ihre Legitimität eben nicht ausschließlich in ihrer Legalität begründen. Wenn der Rechtsstaat aktuell so auf den zivilen Ungehorsam von Klimaaktivisten reagiert, dass er anstrebt, sie zu Mitgliedern einer kriminellen Vereinigung im Sinne von § 129 StGB zu erklären oder sie in mehrwöchigen polizeirechtlichen Präventivgewahrsam nimmt, dann schützt er damit nicht souverän seinen liberalen Charakter, sondern unterminiert in unsouveräner Weise das Fundament, auf dem er aufruht und stellt sich nach Habermas in eine fragwürdig-geschichtsvergessene Tradition des sturen Klammerns an scheinbare Eindeutigkeiten: "[D]er zivile Ungehorsam im Rechtsstaat verhält sich zum aktiven Widerstand gegen den Unrechtsstaat wie der autoritäre Legalismus im Rechtsstaat zur pseudolegalen Repression des Unrechtsstaates. [...] Der autoritäre Legalismus verleugnet die humane Substanz des Nicht-Eindeutigen genau dort, wo der demokratische Rechtsstaat von dieser Substanz zehrt."17

Was, wenn das alle täten?

Kommen wir abschließend noch kurz zu einem zweiten einflussreichen demokratietheoretischen Einwand, der in Anlehnung an Kants kategorischen Imperativ vereinfacht wie folgt formuliert werden kann: "Du kannst nicht vernünftigerweise wollen, dass das jeder macht". Demokratietheoretisch gewendet: "Wenn ziviler Ungehorsam (z.B. in der Form von klimaaktivistisch motivierten Straßenblocken) als legitimes Mittel politischen Protests anerkannt wird, dann könnte ja jeder in einer Demokratie zukünftig Straßen blockieren, um seinerseits eine politische Agenda durchzusetzen".

Der Einwand beruht auf der richtigen Intuition, dass ziviler Ungehorsam mit der Gefahr einer Destabilisierung der Gesellschaft einhergeht und deshalb nicht einfach inflationär als gewöhnliches Mittel der Durchsetzung politischer Interessen gebraucht werden sollte. Was dieser Einwand allerdings unberücksichtigt lässt, ist, dass die Anerkennung klimaaktivistischen zivilen Ungehorsams als legitime politische Protestform nicht notwendigerweise die Anerkennung jeglicher Form zivilen Ungehorsams als legitime politische Protestform impliziert.

¹⁶ Habermas (Anm. 1), 82.

¹⁷ Ebd. 97 f.

Mit John Rawls etwa kann man zwischen gerechtfertigtem und ungerechtfertigtem zivilem Ungehorsam unterscheiden. 18 Ziviler Ungehorsam ist dann gerechtfertigt und folglich eine legitime Protestform, wenn er ein inhaltliches und ein formales Kriterium erfüllt. Laut Rawls darf ziviler Ungehorsam nicht für jedes politische Ziel oder Thema eingesetzt werden. Vielmehr ist das Begehen von Gesetzesbrüchen aus demokratietheoretischer Sicht nur dann legitim. wenn die Politik dazu bewegt werden soll, eine grundlegende und schwerwiegende Ungerechtigkeit in der Verfasstheit der Gesellschaft oder ihrer Ordnung zu beseitigen. Nur wenn es um Fragen grundlegender Gerechtigkeit geht, also beispielsweise um Fragen grundlegender Rechte oder um Fragen des Zugangs zu und der Verteilung von grundlegenden Gütern, darf aus demokratietheoretischer Sicht die mit zivilem Ungehorsam verbundene Gefahr einer Destabilisierung der Gesellschaft in Kauf genommen werden. Und in formaler Hinsicht ist ziviler Ungehorsam nur dann gerechtfertigt und folglich legitim, wenn er das letzte Mittel, die ultima ratio darstellt.

Kann also jeder in einer Demokratie zukünftig Straßen blockieren, um seinerseits eine politische Agenda durchzusetzen, wenn man klimaaktivistisch motivierte Straßenblockaden als legitimes Mittel politischen Protests anerkennt? Nein, denn nicht jedes politische Ziel oder Thema ist ein Thema grundlegender Gerechtigkeit, bei dem schon alle Mittel der politischen Willensbildung oder Durchsetzung erschöpft sind.

Ist der klimaaktivistische zivile Ungehorsam der Letzten Generation demokratietheoretisch gerechtfertigt? Mittels einer ausführlichen Reflexion auf den Gewaltbegriff haben wir dafür argumentiert, dass der Vorwurf. Aktionen wie Straßenblockaden seien nicht gewaltfrei und fielen deshalb nicht unter den Begriff zivilen Ungehorsams, unterkomplex und problematisch ist. Ferner haben wir gezeigt, dass gängige demokratietheoretische Einwände gegen klimaaktivistisch motivierte Straßenblocken entkräftet werden können, indem man z.B. zwischen gerechtfertigtem und ungerechtfertigtem zivilem Ungehorsam unterscheidet.

Aus: Stimmen der Zeit 148 (2023), Heft 09/2023, S. 643-652. Wir danken den Autoren und "Stimmen der Zeit" für die Genehmigung des Abdrucks.

https://www.herder.de/stz/hefte/archiv/148-2023/9-2023/ziviler-ungehorsam-eine-philosophische-reflexion/

Patrick Zoll SJ ist Professor für Metaphysik an der Hochschule für Philosophie der Jesuiten in München. Er studierte Philosophie (M.A.) und Theologie (B.A.) in München und Madrid und wurde an der Universität Bonn in Philosophie promoviert.

Vincent Schäfer studiert und arbeitet am Lehrstuhl für Metaphysik an der Hochschule für Philosophie SJ in München. Er engagiert sich als Mitglied der Letzten Generation.

¹⁸ Vgl. John Rawls: Eine Theorie der Gerechtigkeit. Frankfurt am Main 2021, 409-414.

Ziviler Ungehorsam als Demokratie

Lena Herbers

Spätestens seit dem Frühjahr 2022 ist ziviler Ungehorsam in Deutschland wieder in aller Munde. Die Justiz, Wissenschaft und die politische Öffentlichkeit sind durch die Protestaktionen insbesondere der "Letzten Generation" mit dynamischen Entwicklungen konfrontiert. Immer im Raum, aber selten ausgesprochen, steht dabei die Kernfrage: Wann ist es gerechtfertigt, Gesetze zu brechen, um für ein höheres Ideal einzustehen? Ein Blick in die Geschichte sozialer Bewegungen zeigt: Dann, wenn es um existenzielle Krisen geht.

Ziviler Ungehorsam als "tiefe Gesetzestreue"

In seinem Hauptwerk "Eine Theorie der Gerechtigkeit", das als zentrales Werk der politischen Philosophie gilt, fasste der amerikanische Philosoph John Rawls diese Frage so:

"An welchem Punkt ist die Pflicht, sich den von einer Gesetzgebungs-Mehrheit beschlossenen Gesetzen [...] zu fügen, angesichts des Rechtes zur Verteidigung seiner Freiheiten und der Pflicht zum Widerstand gegen Ungerechtigkeit nicht mehr bindend?"¹

Rawls geht es um Schwächen innerhalb eines weitgehend gut funktionierenden repräsentativdemokratischen Systems. In diesem Fall können sich Menschen aufgrund autonomer und verantwortlicher Entscheidungen mit zivilem Ungehorsam als einem öffentlichen Appell an den Gerechtigkeitssinn der Mehrheit ihrer Mitbürger:innen richten und deutlich machen, dass bestimmte Maßnahmen, Regelungen oder Gesetze im Widerspruch mit den allgemein geteilten Gerechtigkeits- und/oder Verfassungsgrundsätzen stünden. Ziviler Ungehorsam drückt insofern eine "tiefere Gesetzestreue"² aus.

Mit dieser Konzeption entwickelte Rawls eine sehr einflussreiche und stark rezipierte Aufarbeitung und Definition des Konzepts zivilen Ungehorsams. Er sieht die Rolle von zivilem Ungehorsam als "eine der Stabilisierungskräfte eines konstitutionellen Systems"3. Im Rahmen der Gesetzestreue sei ziviler Ungehorsam "ein letzter Ausweg, um die Stabilität einer gerechten Verfassung zu erhalten"4 . Ziviler Ungehorsam trägt seiner Auffassung nach zur Erhaltung und Stärkung der gerechten Institutionen bei und ist elementarer Bestandteil des demokratischen Systems: Die Aktivist:innen erkennen grundsätzlich die demokratischen Institutionen an und fordern die Politiker:innen zum Handeln auf. Gegenstand des Protests ist die Gefährdung grundlegender Prinzipien, im Fall der Klimabewegung der Erhalt unseres Ökosystems und unserer Lebensgrundlagen.

Die Kerneigenschaft, in der sich der Protest der Letzten Generation also von anderen, eindeutig legalen Formen unterscheidet, ist, dass dabei Gesetze gebrochen werden, um auf ein Problem aufmerksam zu machen. Ein ähnliches Verständnis wie John Rawls entwickeln auch Ronald Dworkin und Jürgen Habermas. Sie verstehen zivilen Ungehorsam in einem liberalen Sinne und berufen sich deshalb zu seiner Rechtfertigung auf Elemente des bestehenden Rechtssystems und Gerechtigkeitsvorstellungen, die der politischen Ordnung zugrunde liegen, sowie auf den geteilten Gerechtigkeitssinn der Mitbürger:innen – ziviler Ungehorsam hat damit vor allem eine symbolische und kommunikative Bedeutung.

Ziviler Ungehorsam als Teil der "condition humaine"

Im Gegensatz zu diesem liberaldemokratischen Verständnis von zivilem Ungehorsam steht das Verständnis von Hannah Arendt und Robin Celikates. Arendt stellt die grundlegend politische Bedeutung von zivilem Ungehorsam ins Zentrum ihrer Überlegungen. Ziviler Ungehorsam entsteht, sofern viele Bürger:innen davon überzeugt sind, dass andere Möglichkeiten eine Veränderung herbeizuführen nicht verfügbar seien. Sie versteht das Bedürfnis der Menschen nach Veränderung als Teil der "condition humaine"5. Im Gegensatz dazu

¹ Rawls, Eine Theorie der Gerechtigkeit, 22. Aufl. 2020, S. 400.

² Forst, in: Höffe (Hrsg.), John Rawls: Eine

Theorie der Gerechtigkeit 2006, S. 202.

³ Rawls, [Fn. 1], S. 421.

⁴ Rawls, ebd., S. 422.

⁵ Arendt, in: Zur Zeit. Politische Essays (1943-1975) 1986, S. 139.

wurden die Rechtsordnungen mit dem Ziel entwickelt, Stabilität zu gewährleisten. Recht könne zwar stabilisieren und legalisieren, aber eben keine Veränderungen herbeiführen. Ziviler Ungehorsam lässt sich deshalb mit dem politischen Handeln der Bürger:innen rechtfertigen, die aus Arendts Sicht politische Wesen sind. Ziviler Ungehorsam ist daher Teil des "alltäglichen politischen Meinungsstreit[s]".6

Auch der Philosoph Robin Celikates nimmt eine radikaldemokratische Perspektive ein und versteht zivilen Ungehorsam als Ausdruck einer politischen Praxis der Bürger:innen, die auf diese Weise Einspruch gegen politisches Handeln erheben können.⁷ Dieser Weg gebe ihnen auch die "Möglichkeit des Einspruchs [...], wenn [...] ihnen die 'normalen' institutionellen Wege verschlossen sind oder diese ihren Widerspruch nicht effektiv übertragen".⁸ Auf diese Weise könne ziviler Ungehorsam bestehende Demokratiedefizite

ausgleichen und Beteiligungen ermöglichen.9 In ähnlicher Weise ordnet Hannah Arendt zivilen Ungehorsam als "Heilmittel für [die repräsentative Republik und] deren Legitimationsprobleme" ein.10 Ziviler Ungehorsam begründet sich aus der Perspektive von Arendt und Celikates in der andauernden performativen Herstellung des Demokratisierungsprozesses und nicht wie bei Rawls, Dworkin und Habermas im ,Notstand' bestimmter Gerechtigkeitsdefizite.

Ziviler Ungehorsam als Reaktion auf existenzielle Krisen

Vor diesem theoretischen Hintergrund ist der zivile Ungehorsam der Klimaaktivist:innen zunächst allgemein als Anzeiger für einen gravierenden gesellschaftlichen Missstand zu verstehen. Gegenstand des Protests sind letztlich die Fundamente unserer Zivilisation: Im Fall der Klimabewegung der Erhalt unseres Ökosystems und unserer Lebensgrundlagen. Dies ist nach Rawls eine wichtige Bedingung für die Legitimität des Protests, ebenso wie das Verständnis von zivilem Ungehorsam als ultima ratio. Die

Klimabewegung versucht seit über zehn Jahren auf unterschiedlichen Wegen, Veränderungen in der Politik herbeizuführen. Zahllose Petitionen, Klagen und landesweite Demonstrationen führten bisher nicht zu den notwendigen Veränderungen, um die Klimakrise einzudämmen. Deswegen nutzen Aktivist:innen jetzt vermehrt den zivilem Ungehorsam als politisches Instrument.

Mit diesem Protest verleihen die Aktivist:innen ihrem Anliegen eine stärkere Sichtbarkeit, intensivieren die gesellschaftliche Auseinandersetzung mit der Klimakrise, über die im Kontext der Proteste berichtet wird. Und sie weisen – im Anschluss an Robin Celikates – auf ein bestehendes Demokratiedefizit hin: Denn insbesondere jüngere Menschen sind einerseits politisch weniger stark repräsentiert und müssen andererseits stärker als die älteren Generationen mit den Konsequenzen der Klimakrise leben. Versteht man wie Arendt Demokratie als fortlaufenden Prozess (und nicht als 'Staatsgebäude' mit seinen Institutionen), legitimiert gerade dessen Aufrechterhaltung und Erweiterung den aktuellen zivilen Ungehorsam. So wird, im Sinne Arendts, politische Veränderungen herbeigeführt. Rückblickend lässt sich auch für andere soziale Bewegungen wie die Anti-Atom-Bewegung

feststellen, dass diese Strategie erfolgreich sein kann: "Tatsächlich hat die Bereitschaft zum zivilen Ungehorsam dazu geführt, dass die Proteste nicht länger ignoriert werden konnten und es zu einer breiten Diskussion des Anliegens der Protestierenden kam."¹¹

Blickt man zeithistorisch in die deutsche Protestgeschichte, sind insbesondere Blockaden ein häufig genutztes Mittel des zivilen Ungehorsams - man denke an Mutlangen und weitere Orte in den 1980er-Jahren, wo Aktivist:innen der Friedensbewegung Zufahrten zu Kasernen und militärischen Einrichtungen blockierten, um gegen die Stationierung von atomaren Mittelstreckenraketen zu demonstrieren und auf diese Weise Aufmerksamkeit für das Thema der Wiederbewaffnung und eines möglichen Atomkriegs zu schaffen. Auch die Anti-Atomkraftbewegung nutzte Straßen- und Gleisblockaden aus Protest gegen die Atommüll-Transporte nach Gorleben. Daneben wurde auch der Bau von Anlagen wie beispielsweise dem Atomkraftwerk in Wyhl am Kaiserstuhl oder einer Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf mit Aktionen des zivilen Ungehorsams verhindert.

⁶ Heuer u. a., Arendt-Handbuch 2011, S. 338.

⁷ vgl. Celikates, Veränderungen an sich sind immer das Ergebnis von Handlungen außerrechtlicher Natur. Subjektive Rechte, ziviler Ungehorsam und Demokratie nach Arendt, RphZ Rechtsphilos. 2017, 31 (39–40).

⁸ Celikates, in: Das Politische und die Politik 2010, S. 290.

⁹ vgl. Celikates, [Fn. 4], 982, S. 991.

¹⁰ Straßenberger, Hannah Arendt zur Einführung 2018, S. 114.

¹¹ Ebert, Erfolg durch Zivilen Ungehorsam?, Forschungsjournal Soz. Bewegungen 2012, 60 (61).

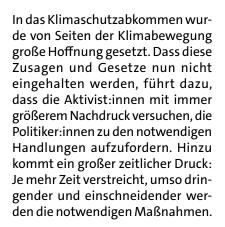
Die bewegungssoziologische Analyse im Rahmen meiner empirischen Forschung zeigt: Ziviler Ungehorsam ist als Protestmittel immer dann besonders gut legitimierbar, wenn es um als existenziell wahrgenommene Krisen geht. So warnen die Aktivist:innen der Friedensbewegung in ihren Dokumenten vor der drohenden Gefahr des nuklearen "Overkills", also der Auslöschung der Menschheit durch dein Einsatz von Atomwaffen. Atomare Aufrüstung wird so als Schritt hin zu dieser existenziellen Gefahr verstanden. Die Aktivist:innen der Anti-AKW-Bewegung befürchten die weitrechenden Gefahren durch einen großen atomaren Unfall und sehen sich durch den GAU in Tschernobyl und später in Fukushima bestätigt.

30

Auch die ungelöste Endlagerfrage und die Gefahren durch radioaktive Strahlung verstehen sie als Gefahr für Gesundheit und Leben. Die Besonderheit der deutschen Anti-AKW-Debatte im Vergleich zu europäischen Nachbarstaaten zeigt: Ob Risiken als existenzielle Gefahren verstanden werden, unterliegt Aushandlungsprozessen und Kämpfen um Deutungshoheit.

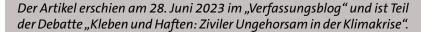
Unterlassen als Krise der Demokratie

Die aktuellen Proteste der Klimabewegung, insbesondere die Aktionen der "Letzte Generation", betonen die langfristig lebensbedrohliche Krise in besonderem Maße, der die Entscheidungsträger:innen nur unzureichend begegnen. Sie beziehen sich ganz direkt auf wissenschaftliche Gutachten des Weltklimarats. völkerrechtliche Verträge wie das Klimaschutzabkommen von Paris sowie Rechtsprechung und Gesetze wie das deutsche Klimaschutzgesetz. Im Sinne Rawls also auf Elemente des bestehenden Rechtssystems und Gerechtigkeitsvorstellungen, die der politischen Ordnung zugrunde liegen. So lässt sich auch aus dieser liberal-demokratischen Perspektive ziviler Ungehorsam rechtfertigen.



Insofern decken die aktuellen Proteste einen dramatischen demokratischen Missstand auf und leisten damit einen wichtigen Beitrag dazu, einer zentrale Katastrophe

unserer Zeit zu begegnen. Dies belegt auch eine britische Studie zu den Protesten von Extinction Rebellion, die zeigt, dass Proteste dazu beitragen können, dass sich das Bewusstsein in Bezug auf die Klimakrise verändern kann, auch wenn sich die Zustimmung zu den Protesten nicht verändert. Wir sollten daher zivilen Ungehorsam nicht wie in der überhitzten medialen Debatte als eine Form von Terror oder Erpressung verstehen, sondern sowohl mit Hannah Arendt als auch John Rawls als einen wichtigen Teil einer intakten und lebendigen Demokratie im Angesicht existenzieller Herausforderungen.



https://verfassungsblog.de/ziviler-ungehorsam-als-demokratie/

Lena Herbers hat Jura und Soziologie studiert und ist Doktorandin am Institut für Soziologie der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg. Sie forscht zu politischer Soziologie, zivilem Ungehorsam, Protest und Rechtssoziologie.



Meinungen - Hinweise - Stimmen

Cornelia Funke am 3.10.2023 im Zeit-Magazin

ZEITmagazin: Haben Sie Sympathie für die, die sich auf Straßen festkleben?

Funke: Absolut. Ich würde mich selbst nicht irgendwo festkleben, aber ich respektiere es und verstehe

die Verzweiflung. Dass ihnen solcher Hass entgegenschlägt, finde ich wirklich verstörend. Ich werde nie wütend auf die sein, die sich anketten oder festkleben, sondern ich werde wütend auf die sein, die gerade dieses Ökosystem zerstören.

Samira Akbarian: Ziviler Ungehorsam als Verfassungsinterpretation

Ziviler Ungehorsam ist das Schlagwort aktueller sozialer Bewegungen. In meiner Forschung habe ich diese kontroverse Protestform auf ihre Vereinbarkeit mit Rechtsstaat und Demokratie untersucht. Wie können emanzipatorische Potenziale des Ungehorsams genutzt werden, ohne dem Rechtsstaat dauerhaft zu schaden? Ich schlage vor, zivilen Ungehorsam als Verfassungsinterpretation zu verstehen. Der von einer Richtigkeitsüberzeugung motivierte Rechtsbruch schafft neue Interpretationen der Verfassung und

Visionen normativer Ordnungen. Unter Rückgriff auf theoretische Konzeptionen zivilen Ungehorsams und der Verfassungsinterpretation untersuche ich das Phänomen in seiner ethischen, rechtsstaatlichen sowie politischen Dimension und wende dieses Verständnis auf aktuelle Beispiele an. Dabei gibt meine Arbeit gesellschaftlichen Verantwortungsträger:innen Kriterien an die Hand, um mit dem demokratischen Rechtsstaat kompatible von inkompatiblen Interpretationen abzugrenzen.

Zitiert nach: https://koerberstiftung.de/projekte/deutscherstudienpreis/alle-preistraeger-innen/2023/ziviler-ungehorsam-alsverfassungsinterpretation/ Samira Akbarian promovierte an der Goethe Universität Frankfurt am Main im Fachgebiet Rechtswissenschaften.

Selbstverpflichtung der "Letzten Generation":

"GEWALTFREIHEIT – Wir sind absolut gewaltfrei in unserem Verhalten und in unserer Sprache. Wir treten ruhig und respektvoll, aber entschlossen und standfest auf. Wir vermeiden Schuldzuweisungen und Beleidigungen und führen Menschen nicht vor. Auch Entscheider:innen des Systems sehen wir als Menschen. Wir stel-

len uns ihrem falschen Verhalten in den Weg. Wir akzeptieren die Konsequenzen unserer Taten und stehen mit unserem Gesicht und unserem Namen dazu. Wir sagen die Wahrheit."

https://letztegeneration.org/mit-machen/werte-protestkonsens/

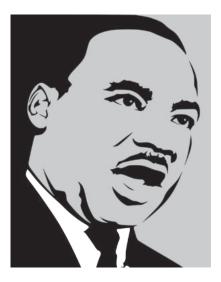


Ziviler Widerstand – und: Die Kühnheit zu glauben

Klaus Hagedorn

Wir leben in herausfordernden Zeiten: Pandemie, Kriege, Klimakrisen bringen Unsicherheiten. Ich brauche die Erinnerung an Menschen mit einer Vision; d.h. die Erinnerung an Menschen, die den "falschen" Tod nicht hinnehmen, der Menschen mitten in ihrem Leben trifft – vor der Zeit. Der falsche Tod, das ist der Hunger von Menschen, der ihnen das Leben nimmt, ihre Armut, ihre Verelendung, ihre Folterqualen, ihre Stummheit und ihre Zukunftslosigkeit.

Ein solcher ist für mich Martin Luther King (1929-1968). Vor fast 60 Jahren, im Dezember 1964, bekam dieser US-amerikanische Bürgerrechtler den Friedensnobelpreis. Bei der Verleihung sagt er: "Ich weigere mich zu glauben, der Mensch sei lediglich Strandgut im Strom des Lebens. Ich weigere mich, die Ansicht zu übernehmen, die Menschheit sei so tragisch der sternenlosen Nacht des Rassismus und des Krieges verhaftet, dass der helle Tagesanbruch des Friedens nie Wirklichkeit werden könne. Ich wei-



gere mich, die zynische Meinung zu übernehmen, eine Nation nach der anderen müsse eine militaristische Stufenleiter hinabsteigen bis in die Hölle thermonuklearer Vernichtung. Ich glaube, dass unbewaffnete Wahrheit und bedingungslose Liebe das letzte Wort in der Wirklichkeit haben werden. Das ist der Grund, warum das Recht, auch wenn es vorübergehend unterliegt, stärker ist als triumphierendes Böses."

Selten hat ein Christ der Weltöffentlichkeit derart direkt den Kern des Christseins beschrieben. Zwischen jeder Zeile stehen die Erfahrungen eines schon zehnjährigen Kampfes für Gerechtigkeit – und gegen Rassismus in den Südstaaten der USA. Genaues Studium ist notwendig und wesentlich - nicht nur der Bibel und der spirituellen Traditionen, sondern auch der ganz realen Lebenssituationen und ihrer Hintergründe. Liebe, Vernunft, Gerechtigkeit – das sind nicht große Worthülsen für ihn. In ihnen wirken gleichermaßen analytische Vernunft und illusionsloser Glaube.

In Oslo sagte er dann weiter: "Ich besitze die Kühnheit zu glauben, dass Völker allerorten täglich drei Mahlzeiten für ihren Körper, Erziehung und Kultur für ihren Verstand und Würde, Gleichheit und Freiheit für ihren Geist haben können. Ich glaube, dass auf den Anderen ausgerichtete Menschen wiederaufbauen können, was auf sich selbst

ausgerichtete Menschen zerstört haben. Ich glaube immer noch, dass die Menschheit ... mit dem Triumph über Krieg und Blutvergießen gekrönt werden wird."

Es sind die Visionen der biblischen Propheten und von Jesus. Es ist kein Zufall, dass Martin Luther King so entschieden und klar in der Ich-Form spricht. Es ist ja der Einzelne, der die entscheidenden Bewegungen in Gang setzt. Es ist in der Tat der "Flügelschlag des Schmetterlings", der alles verändern kann. King steht für diese tief biblische Überzeugung, dass Gott jeden Menschen beim Namen ruft und ihm einen unverwechselbar eigenen Auftrag mitgibt. Jede und jeder von uns ist mit einer besonderen Berufung unterwegs, die es zu entdecken und anzunehmen gilt.

Beide Zitate aus: Martin Luther King, Schöpferischer Widerstand, hrsg. von Heinrich W. Grosse, Gütersloh 1980 (Gütersloher Verlagshaus Gerd Mohn)

Kirchenasyl als Form des Zivilen Ungehorsams (?)

Interview mit Benedikt Kern

Bernhard Damm: Was sind die wesentlichen Motive für die Gewährung von Kirchenasyl?

Benedikt Kern: Die massiven autoritären Asylrechtsverschärfungen der letzten Jahre, die Brutalisierung an den Außengrenzen und die immer rationalisierteren Abschiebungen haben dazu geführt, dass der Druck auf Geflüchtete hoch ist. Es gibt derzeit eine Zunahme von Abschiebungen. Vor allem Überstellungen im sogenannten Dublin-Verfahren, also in die Ersteinreisestaaten innerhalb der EU, sind an der Tagesordnung. mit dem Ev Verheißung alle. Deshal die prophe schen vor leg schützen un zu stärken.

Im letzten Jahr 2022 gab es bundesweit 12.900 und ersten Jahreshälfte 2023 bereits 7861 Abschiebungen. Jede Abschiebung ist eine Entrechtung der Betroffenen. Das Asylsystem in Deutschland und Europa folgt zunehmend der Logik der ökonomischen Verwertbarkeit von Migration: Kommen sollen Fach- und billige Arbeitskräfte, alle anderen müssen elendig außerhalb der Mauern bleiben.

Das steht zutiefst im Widerspruch mit dem Evangelium und seiner Verheißung des guten Lebens für alle. Deshalb ergreifen Gemeinden die prophetische Aufgabe, Menschen vor legalen Abschiebungen zu schützen und sie in ihrer Autonomie zu stärken.

Kannst du etwas zur Geschichte und zur rechtlichen Situation der Menschen im Kirchenasyl sagen?

Die meisten Kirchenasyle sind sogenannte Dublin-Fälle. Denn die meisten Geflüchteten kommen in Deutschland an, nachdem sie bereits in einem anderen europäischen Staat registriert worden sind. Gerade in den Staaten an der EU-Außengrenze ist jedoch die Situation für Flüchtlinge u.a. aufgrund der wirtschaftlichen Verhältnisse miserabel und es gibt eine massive Anti-Migrations-Politik. Diese mani-

festiert sich in illegalen Pushbacks (völkerrechtswidrige, gewaltsame Abweisungen Asylsuchender an der Grenze), systematischer Inhaftierung, mangelnder medizinischer Versorgung, Wohnungslosigkeit etc. Täglich bekommen wir die Geschichten von verzweifelten Menschen erzählt, die von der Hoffnungslosigkeit dieser Entrechtung in Europa zeugen: Es sind traumatisierende Gewalterfahrungen, Berichte über auseinandergerissene Familien und die Erfahrungen des Verlustes der eigenen Autonomie.

Dementsprechend sind Dublin-Abschiebungen zurück in diese Länder immer verbunden mit erniedrigender bis menschenrechtswidriger Behandlung. Die Gerichte decken diese völlig repressive Abschiebungspraxis, indem sie in vielen Fällen die angefochtenen Bescheide des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) bestätigen. Diese damit legalen Abschiebungen können dann nur noch verhindert werden, indem sich die Betroffenen der Abschiebung entziehen und untertauchen – was iedoch mit einer massiven Prekarisierung ihrer Situation verbunden und nur durch Unterstützung von hier lebenden Angehörigen und Verbündeten möglich ist. Das Kirchenasyl ist dann oftmals die letzte Möglichkeit, eine Perspektive zu eröffnen. In der Sicherheit eines Kirchenasyls kann dann die sechsmonatige Überstellungsfrist überbrückt werden, innerhalb der eine Abschiebung stattfinden muss. Nach diesen sechs Monaten muss das Asylverfahren in Deutschland durchgeführt werden, eine Dublin-Abschiebung ist dann nicht mehr möglich und das Kirchenasyl kann beendet werden.

Was sind im Moment die Hauptgründe für die Gewährung von Kirchenasyl in Deutschland?

Tagtäglich bekommen wir im Institut für Theologie und Politik und im Ökumenischen Netzwerk Asyl in der Kirche NRW Anfragen von Menschen, die keinen anderen Ausweg sehen, als um Schutz im Kirchenasyl zu bitten. Die Zahl dieser Anfragen ist steigend aufgrund der hohen Abschiebungszahlen, die in NRW durch die aktuelle grüne Ministerin zu verantworten sind. Wir kommen nicht hinterher, nach Kirchengemeinden zu suchen und für Bereitschaft zur Aufnahme zu werben. Zugleich sind wir froh, dass es nach Zählung der Bundesarbeitsgemeinschaft Asyl in der Kirche bundesweit zurzeit rund 431 aktive Kirchenasyle mit mindestens 655 Personen, darunter 136 Kindern, gibt. In NRW sind es rund 150 derzeit laufende Kirchenasyle. Im Kirchenasyl sind Alleinreisende, Paare, Familien mit Kindern und Geschwisterpaare. Ihre

individuellen Erfahrungen ähneln sich größtenteils, denn die Gewalt gegen Geflüchtete an den Außengrenzen und innerhalb Europas ist zu einer systematischen Waffe geworden. Mit dem Kirchenasyl setzen wir dazu einen Kontrapunkt: Es ist eine Praxis der solidarischen Gastfreundschaft, die die Bewegungsfreiheit derer durchsetzt, die systematisch ihrer fundamentalen Rechte beraubt werden.

Erlebst du viel Kritik und Widerstand gegen die Kirchenasylpraxis?

Das seit 40 Jahren in der Bundesrepublik praktizierte Kirchenasyl war von Anfang an immer auch Angriffen ausgesetzt. Die staatlichen Behörden haben immer wieder versucht, das Asyl in der Kirche unter Druck zu setzen – bis heute. Es liegt natürlich auch in der Natur der Sache. dass der Staat das Kirchenasyl als Kritik an seiner chauvinistischen Asylpolitik begreift. Sowohl die Versuche der Kriminalisierung einiger Kirchenasyl gewährender Ordensleute und Pfarrer:innen in Bayern als auch durch Räumungen, wie zuletzt im Juli 2023 im Kreis Viersen. haben die Einschüchterung von Gemeinden und einen erzwungenen Rückgang der Anzahl von Kirchenasylen zum Ziel. Deshalb ist und bleibt es wichtig, dass Gemeinden selbstbewusst für das Kirchenasyl einstehen, im Zweifelsfall nicht nur gegenüber den Behörden, sondern auch gegenüber den oftmals viel zu zurückhaltenden Kirchenleitungen. Dabei wird deutlich, dass das Kirchenasyl von Anfang an immer eine Praxis "von unten" war, die weder vom Staat als Privileg an die Kirchen übertragen wurde noch durch die Kirchenleitungen sonderlich gefördert war. Menschen zu Schützen in den Kirchen ist und bleibt eine starke Geste einer dem Gewissen und dem Evangelium verpflichteten Gemeinde – auch bei (internen) Widerständen.

Wenn ich in Kirchenvorstands- oder Presbyteriumssitzungen bin, um über das Kirchenasyl zu sprechen, erlebe ich oft beides: Es gibt in den kirchlichen Gremien sowohl staatstragende Positionen derer, die das Kirchenasyl als Instrument ablehnen und immer viele Gründe finden, die dagegensprechen. Es gibt meist aber auch Überzeugte, die an der Verpflichtung zur Solidarität festhalten, dem Abschiebungsregime etwas entgegensetzen möchten. Den Konflikt zwischen beiden Fraktionen auszutragen, halte ich für einen wichtigen Prozess für eine vitale Gemeinde.

Kannst du das Argument nachvollziehen, dass die Gewährung von Kirchenasyl in diesem Moment, wo die Migrationsdebatte sehr polemisch und mit größer werdender

Tendenz gegen die Migranten geführt wird, den gesellschaftlichen Zusammenhalt gefährdet und was wären die Gegenargumente?

Die Spaltung des gesellschaftlichen Zusammenhalts wird aus meiner Sicht vor allem durch den Rassismus und Wohlfahrtsstaats-Protektionismus der Mitte vorangetrieben. Die Asylrechtsverschärfungen der letzten Jahre, die verbreitete Position, dass Migration immer auch an der Maßgabe der ökonomischen Verwertbarkeit der einreisenden Fachund Billigarbeitskräfte gemessen wird und zugleich jede Diskussion über die globalen kolonialen Verstrickungen der kapitalistischen Landnahme als Hauptfluchtursache im Keim erstickt wird, sind alles Gründe dafür, warum die zunehmend autoritären Maßnahmen zur Migrationsbekämpfung immer besser greifen und auch diskursiv immer verankerter werden. Diese Tendenz richtet sich jedoch nicht allein gegen Migrant:innen, sondern verändert die Gesellschaft als Ganzes und bedroht die Lebensperspektiven von allen, die in diesen Verhältnissen zunehmender Kontrolle und verwalteten Lebens unterworfen sind.

Das Kirchenasyl formuliert ganz praktisch zu dieser Tendenz einen Widerspruch im dreifachen biblisch-prophetischen Sinne: Das

Kirchenasyl ist erstens eine prophetische Entlarvung: Das Ensemble aller Kirchenasyle und der Blick auf ieden Einzelfall deckt die Ungerechtigkeit und Gewaltförmigkeit der Verhältnisse auf. Zweitens steckt in ihm eine prophetische Kritik am Bestehenden: Jedes Kirchenasyl, das Menschen dem Zugriff einer Abschiebung und der damit verbundenen Zwangsmigration entzieht, macht deutlich, dass eine Gemeinde diese bürokratisierte Inhumanität nicht akzeptiert. Und drittens kann das Kirchenasyl eine prophetische Utopie eröffnen: Das Zusammenleben in einer Gemeinde kann eines sein, das auf der Basis von Solidarität mit den Entrechteten organisiert wird und ihnen somit zu ihrem Recht auf ein Leben in Würde verhilft.

Wie sehen die Ideen aus, die helfen könnten, die Situation Geflüchteter in der deutschen Gesellschaft zu verbessern?

Es müssten ab sofort alle Lager geschlossen und Abschiebungen eingestellt werden, die Fluchtrouten müssten dringend legalisiert werden, um das tägliche Sterben zu beenden. Das wäre ein notwendiger erster Schritt, um das alltägliche Leiden zu mindern. Ganz grundsätzlich muss es aber darum gehen, dass globale Lebensverhältnisse geschaffen werden, die nicht mehr auf

kapitalistischer Ausbeutung und Unterdrückung basieren. Innerhalb des Bestehenden wird es leider keine Lösung für die Not derer geben, die auf der Flucht für ein besseres Leben die Todesgefahr auf sich nehmen. Deswegen ist unser Einsatz für das Recht auf Bewegungsfreiheit immer auch davon orientiert, dass diese Welt eine fundamental andere werden muss.

Wann würde Kirchenasyl zu einer Form des zivilen Ungehorsams und welche Konsequenzen wären zu erwarten?

Das Kirchenasyl ist immer schon ein ungehorsamer Akt gegenüber dem Abschiebungsregime und seinen Behörden. Auch wenn es immer wieder Versuche gab, von Seiten des Staates und im Interesse der mit ihm eng verbandelten Kirchenleitungen das Kirchenasyl stärker zu integrieren in das Asylsystem. So haben Kirchenleitungen

und Innenministerium und BAMF 2015 Vereinbarungen zum Kirchenasyl getroffen, um es stärker zu formalisieren mit dem Ziel staatlicher Akzeptanz und kirchlicher Zurückhaltung in dieser Praxis. In der Kirchenasylbewegung gab es aber immer auch die Position. dass das Kirchenasyl kein quasi-Rechtsinstrument werden darf. sondern dass sein politischer Stachel nur dann Bestand hat, wenn es den Konflikt mit den staatlichen Institutionen nicht scheut. Da das BAMF und Ausländerbehörden trotz der Vereinbarungen von 2015 das Kirchenasyl verschiedentlich versucht haben einzuengen und zu missachten und dies angesichts des kirchlichen Erosionsprozesses in Zukunft sicherlich auch noch stärker tun werden, zeigt sich umso mehr, dass die Kirchenasylbewegung und mutige Gemeinden mit einer klaren Positionierung für den Schutz vor Abschiebungen einstehen müssen - entschieden und ungehorsam.

Benedikt Kern ist kath. Theologe und Berater der Kirchenasyle in Nordrhein-Westfalen mit dem Ökumenischen Netzwerk Asyl in der Kirche in NRW e.V.

Die Fragen stellte Bernhard Damm

Eine Liste mit Links zu Texten und Informationen rund um das Thema "Kirchenasyl" finden Sie auf unserer Webseite.

Juristische Aspekte des Kirchenasyls

Interview mit der Juristin Antonia Plettenberg vom Diözesancaritasverband

Bernhard Damm: Frau Plettenberg, ich freue mich, dass sie Zeit haben, mit mir für die PC-Korrespondenz über das Kirchenasyl zu sprechen.

Antonia Plettenberg: Schön, dass Sie vorbeigekommen sind.

BD: Wie würden Sie Ihre Aufgabe beim Diözesancaritasverband (DiCV) beschreiben?

AP.: Als juristische Referentin beim DiCV habe ich mehrere Aufgaben. Die umfangreichste Aufgabe, für die so 2/3 meiner Stelle vorgesehen sind, ist tatsächlich die Beratung der Katholischen Kirchengemeinden im Bistum Münster zu Fragen des Kirchenasyls. Dazu gehört zum Beispiel die sogenannte Perspektivprüfung, in deren Rahmen also, bevor ein Kirchenasyl gewährt wird, von mir geprüft wird, ob Kirchenasyl überhaupt das richtige Instrument wäre, um der Person zu helfen und dann auch Ultima Ratio für die Person

ist. Darüber hinaus berate ich die Fachdienste für Integration und Migration der Caritas im Bistum Münster, also die Beratungsstellen der Caritas vor Ort. Die brauchen ein juristisches Back-up, sag ich mal, also eine Volljuristin im Hintergrund. Für die Beratenden konzipiere ich auch Fortbildungen. Alles auch unter dem Oberbegriff, dass eine gute juristische Beratung im Vorfeld helfen kann, ein Kirchenasyl zu vermeiden.

BD: Können Sie Beispiele nennen, wann eine Vorprüfung dazu führt zu sagen, es ist kein geeigneter Fall?

AP: Das ist entweder dann der Fall, wenn es noch juristische Möglichkeiten gibt, der Person zu helfen. Beispielsweise wenn ein Bleiberecht aus einem anderen Bereich als dem Asylrecht in Betracht kommt oder wenn man hier noch mal vor Gericht ziehen kann mit einer bestimmten

Argumentation. Es kann aber auch sein, dass ein Kirchenasyl der Person zwar im Moment, also kurzfristig helfen würde, aber auf Dauer keine gute Perspektive bietet.

42

BD: Sind Sie beteiligt bei der Erstellung von Dossiers, die während des Kirchenasyls angefertigt werden?

AP: Ja, das Dossierverfahren wurde mit dem Bundesamt vereinbart. um ein Kirchenasyl schriftlich zu begründen und das Bundesamt zu bitten, sich den Fall nochmal anzuschauen, obwohl durch das Bundesamt die Prüfung im Rahmen des Asylverfahrens eigentlich schon abgeschlossen ist. Ich unterstütze die katholischen Kirchengemeinden dabei, wo ich kann. Die erste Verantwortung liegt bei den Kirchengemeinden, weil sie meistens die Person auch viel besser kennen, und die Situation, in der sie sich befinden. Und da sind die Kirchengemeinden sehr unterschiedlich aufgestellt. Viele sind voller Tatkraft und bringen schnell etwas zu Papier. Da schau ich dann nur nochmal drüber, ob es vollständig ist oder ich noch etwas ergänzen kann. Andere tun sich etwas schwerer und benötigen mehr Unterstützung. Jedes Dossier geht am Ende aber noch einmal über meinen Tisch.

BD: Arbeiten Sie mit anderen Stellen zusammen?

AP: Ja. ich arbeite zusammen mit der juristischen Abteilung des Generalvikariats, mit dem katholischen Büro in NRW. das zentral ansprechbar ist für das Bundesamt, was alle katholischen Kirchenasyle in NRW betrifft. Mit dem Netzwerk Kirchenasyl Münster tausche ich mich zu Einzelfällen aus. Und dann arbeite ich sehr häufig mit den Beratungsstellen der Caritas zusammen, bei denen viele Menschen zum ersten Mal mit einem Problem in die Beratung kommen, das dann vielleicht auf ein Kirchenasyl hinausläuft. Gelegentlich arbeite ich mit Kanzleien zusammen. deren Mandant*innen sich im Kirchenasyl befinden oder nach Kirchenasyl suchen. Und natürlich arbeite ich mit den Kirchengemeinden zusammen.

BD: Können Sie ein paar rechtliche Probleme nennen, die es im Vorfeld eines Kirchenasyls geben kann.

AP: Das sind alle möglichen rechtlichen Probleme, die im Zusammenhang mit dem Asyl- und Aufenthaltsrecht auftauchen können. Also die Frage zum Beispiel, ob noch eine Klage möglich ist, oder die entsprechende Frist schon abgelaufen ist. Im Idealfall kann man vielleicht auf dem Rechtsweg noch für Klärung sorgen oder diesen wenigstens ermöglichen, weil zum Beispiel die Zustellung des Bescheides nicht geklappt hat. Da gibt es viele kleine Ansatzpunkte, wo man vielleicht noch mal was versuchen kann. Aber in vielen Fällen hat das der jeweilige Anwalt oder die jeweilige Anwältin schon getan. In den meisten Fällen, die mir vorgestellt werden, wurde schon viel rechtlich versucht, was bedeutet. dass es rechtliche Probleme gar nicht mehr zu lösen gibt.

BD: Gibt es Probleme in Gemeinden aus unterschiedlichen politischen Positionen heraus, also gibt es Spannungen in Gemeinden?

AP: Probleme, das wäre mir zu groß das Wort. Es gibt im Vorfeld von Kirchenasyl viele Diskussionen. Es ist wichtig, dass in Gremien viel diskutiert wird und da spielen natürlich auch die politischen Haltungen der beteiligten Personen eine Rolle. Ich würde die gar nicht aufziehen an "links" und "rechts". Wenn die Menschen zum Beispiel hören, dass es sich um "Zivilen Ungehorsam" handelt, löst das ganz unterschiedliche Reaktionen bei den Betroffenen aus. Die einen sagen: "Au ja, das machen wir!", die andern sagen: "Oh, vielleicht halten wir uns doch ein wenig zurück." Die Profession der beteiligten Personen spielt auch eine Rolle. Sie können davon ausgehen, dass Menschen aus juristischen Berufen sehr viel

zurückhaltender sind, was Kirchenasyl betrifft, als andere. Weil diese oft aus ihrer Profession heraus eine strengere Haltung zum Rechtstaat haben als andere. Und ich genieße diese Diskussion und ich finde sie total wichtig. Es gibt ja auch kein Richtig und kein Falsch in diesem Zusammenhang. Mir ist lieber, die Kirchengemeinde beschäftigt sich intensiv damit und kommt dann zu einem Ergebnis, das alle mittragen können, als wenn nur Einzelne die Entscheidungen fällen oder wenn die Diskussion von vornherein abgeblockt wird.

BD: Das berührt auch die Frage ob mit dem Kirchenasyl nicht die legitime, legale Entscheidungsmacht des Staates unterlaufen wird.

AP: Genau die Frage taucht in dem Zusammenhang immer wieder auf. Aber ich muss sagen, der Staat gibt ia an der Stelle nichts aus der Hand. Also, immer noch hat der Staat das letzte Wort. Auch bei Kirchenasylen. Wenn Behörden sich entscheiden, Abschiebungen durchzuführen, dann wäre das trotz Kirchenasyl immer noch möglich. Das Tolle am Kirchenasyl ist, dass der Staat seine Souveränität letztendlich dadurch beweist, eine humanitäre Tradition akzeptieren zu können. Es geht nicht darum, mit Kirchenasyl den Rechtsstaat zu untergraben, sondern darum, eine Anfrage an den

Staat zu stellen. "Läuft das hier in diesem Einzelfall eigentlich so, wie es das sollte?"

BD: Also, Sie würden nicht sagen, dass die Kirche in Anspruch nimmt, den höheren ethischen Maßstab zu haben?

AP: Nein, das würde ich nicht. Einen anderen Maßstab vielleicht, aber nicht den "höheren".



BD: Es gibt ja einen Demokratiewiderspruch oder ein Legitimationsproblem. Man hat ja sowohl beim "Zivilen Ungehorsam" als auch beim Kirchenasyl zumindest die Frage mitzudenken, was für Verhaltensnormen sind in einer liberalen Gesellschaft bindend.

AP: Ja das stimmt. Gleichzeitig ist es auch wichtig, in einer Demokratie immer wieder Fragen zu stellen. Das Dublinsystem, also das gemeinsame europäische Asylsystem wird ja durch die Politik selbst immer wieder in Frage gestellt. Die Frage, die jetzt im Zusammenhang mit Kirchenasyl gestellt wird, ist: "Läuft es hier rund im Sinne der Betroffenen?" Menschen, die auf der Suche sind nach Schutz und sich dafür aus verschiedenen Gründen Deutschland ausgesucht haben, werden jetzt in die Situation gebracht, dass sie in einen Staat innerhalb der europäischen Union zurücküberstellt werden sollen, der sie in den allermeisten Fällen schlecht behandelt hat. Das ist für die Betroffenen sehr unverständlich. Und die Argumente, die da vorgebracht werden, die eignen sich fast alle, sie dem juristischen System vorzutragen. Aber wir haben eine sehr kurze Klagefrist. Eine Woche, das heißt eine Woche ab Zustellung des Bescheides. Das müssen die betroffenen Personen erst mal verstehen: wo kann ich mich hinwenden, wer kann mich hier beraten und dann muss auch noch jemand diese Klage einreichen. Dann noch das Sprachproblem. Und wir haben nur wenige Kanzleien, die spezialisiert sind auf das Thema. Das sind alles strukturelle Aspekte, weshalb die Menschen dann durchs Raster fallen. Ich glaube grundsätzlich, dass der Rechtsstaat gut funktioniert, aber an manchen Punkten gibt es Unschärfen oder zu große Löcher

und da gibt es die berechtigte Frage: Sollen wir das so hinnehmen?

BD: Nun ist die Frage vielleicht provokant: Warum ist Kirchenasyl oder auch Formen zivilen Ungehorsam bei der Klimabewegung legitimer oder besser begründet als zum Beispiel bei den Coronaleugnern?

AP: Ich habe mich vielleicht nicht mit allen Aspekten des zivilen Ungehorsams beschäftigt, aber ich würde die Unterscheidung nicht anhand der Begründung treffen, sondern anhand möglicher Auswirkungen. So stellt sich die Frage, ob durch die Form des zivilen Ungehorsams noch andere Menschen geschädigt oder in Mitleidenschaft gezogen werden. Beim Kirchenasyl sehe ich das zunächst mal nicht. Man könnte höchstens noch sagen. dass zusätzliche Kosten auf den Staat zukommen. Bei Menschen. die gegen Schutzmaßnahmen verstoßen, muss man die Frage anders beantworten. Möglicherweise wird hier die Gesundheit anderer gefährdet. Und bei Menschen, die für Klimaschutz auf die Straße gehen, ist es ja noch sehr viel komplexer, was da alles berücksichtigt werden muss.

BD: Es gibt ja das Problem, dass man auf der rechten Seite verorten kann, bei den Reichsbürgern zum Beispiel, die für sich reklamieren, dass man die Ordnung des Rechtsstaats nicht respektieren muss.

AP: Ja, das gibt es. So weit würde aber niemand, der Kirchenasyl vertritt, gehen. Niemand stellt damit den Staat oder die Europäische Union, die ja für das Asylsystem verantwortlich ist, in Frage. Trotzdem glaube ich, dass kritische Stimmen an manchen Stellen geäußert werden müssen und manchmal auch in einem Maße, dass es den Rechtsstaat so etwas anpiekst, und das bringt uns am Ende alle irgendwie weiter. Wenn wir nicht aus der Diskussion über das Für und Wider rausgehen. Wir müssen in der Diskussion bleiben mit allen Stimmen.

BD: Das OLG München entschied: Kirchenasyl schützt grundsätzlich nicht vor Strafverfolgung wegen illegalen Aufenthalts in Deutschland¹ und auch der ehemalige Verfassungsrichter Papier sieht ebenfalls Bedenken und befürchtet ein Scheitern des Rechtsstaats, wenn Formen zivilen Ungehorsam geduldet werden. Wie schätzen Sie das ein?

¹ https://www.dstgb.de/themen/asylund-fluechtlinge/aktuelles/olg-muenchen-kirchenasyl-schuetzt-grundsaetzlich-nicht-vor-strafverfolgung-wegenillegalen-aufenthalts-in-deutschland/

AP: Das OLG München hat Recht. Der objektive Tatbestand des illegalen Aufenthalts ist in vielen Fällen zunächst erfüllt. Wenn die Behörden das Kirchenasyl respektieren, entfällt aber ein Teil des Tatbestands. Was sich dann wieder darauf auswirkt, ob Gemeinden beziehungsweise deren Mitglieder sich wegen Beihilfe strafbar machen. Das hängt eben davon ab. wie der Staat sich an der Stelle positioniert. Daran zeigt sich schon, dass der Staat weiterhin in der Hand hat, wie mit dem Kirchenasyl umgegangen wird. Ich finde, das ist ein schönes Beispiel dafür, dass ziviler Ungehorsam Fragen stellen kann, die den Staat dazu bringen, sich zu positionieren. Dass er sich entschieden hat, Kirchenasyl als humanitäre Praxis der Kirchen zu respektieren, lässt ja auch einen Rückschluss darauf zu, dass das aus Sicht des Staates einen hohen Stellenwert hat. Gleichzeitig nimmt der Staat im europäischen Asylsystem eine bestimmte Rolle ein, aus der er nicht raus kann.

••••

BD: Das Kirchenasyl ist ja nicht ganz unumstritten.

AP: Ja und es soll auch nicht unumstritten sein. Ziviler Ungehorsam, der unumstritten wäre, würde seinen Zweck nicht erfüllen. BD: Ja es gibt ja auch Menschen, die wünschen, dass der Staat mehr dagegen vorgeht, damit das prophetische Bewusstsein der Kirche wächst.

Ich zitiere noch einmal: "Das Kirchenasyl, das sich unstrittig nicht aus Art. 140 GG i.V.m. Art. 137 Abs.3 der Weimarer Reichsverfassung (WRV) als Ausgestaltung eines Selbstbestimmungsrechts der Kirchen ableitet, sondern dessen Grundlage allein Art. 16a GG sein kann, ist - auch das ist immerhin unstrittig und darauf weisen die Behörden immer wieder hin - kein eigenes Rechtsinstitut. Vielmehr werde es "als Ausdruck einer christlich-humanitären Tradition respektiert", teilte ein Sprecher des Bamf gegenüber LTO mit ".2

Wenn das Kirchenasyl also kein juristisch klares Instrument ist, können Sie sagen, was die Kirche und auch den Caritasverband motiviert, Menschen ins Kirchenasyl aufzunehmen?

AP: Der Caritasverband nimmt ja selbst keine Menschen in das Kirchenasyl auf. Was wir zur Verfügung stellen, ist tatsächlich nur die juristische Beratung im Umfeld. Um eben zu verhindern, dass Kirchenasyle eingerichtet werden, die eigentlich gar keinen Sinn haben, sondern nur zu mehr Verärgerung führen. Was die Kirchen motiviert, das kann ich wirklich verallgemeinernd sagen, ist immer die Not einer einzelnen Person. Da steht jemand vor der Tür und ist in Not und ist verzweifelt und sagt: "Bitte hilf mir". Und das ist ein zutiefst kirchlicher Auftrag,

da zu sagen: "Ok, was kann ich für dich tun?" Und wenn sich dann später herausstellt, das Kirchenasyl sei nicht die richtige Hilfe, kann man aber sicher sein, dass die beteiligte Kirche sich auf die Suche nach einer anderen Form der Hilfe macht.

BD: Frau Plettenberg, ich danke Ihnen herzlich für das Gespräch.

Antonia Plettenberg ist Juristische Referentin im Caritasverband für die Diözese Münster.

Die Fragen stellte Bernhard Damm

² https://www.lto.de/recht/ hintergruende/h/kirche-asyl-rechtgrauzone-bamf-fluechtlinge/

Unsere Friedensbotschaft muss lauter sein denn je

Daniel Barenboim in der SZ

Nach dem barbarischen Terror der Hamas und anlässlich des Krieges in Nahost mag es naiv klingen, das ist es aber nicht: Genau jetzt müssen wir alle im Anderen den Menschen sehen. Gastbeitrag von Daniel Barenboim

Die aktuellen Geschehnisse in Israel und Gaza haben uns alle zutiefst erschüttert. Die barbarischen, terroristischen Akte der Hamas gegenüber Zivilisten, darunter Kinder und Babys, sind durch nichts zu rechtfertigen. Dies müssen wir so stehen lassen und innehalten.

Dann stellt sich als nächster Schritt natürlich die Frage: Was nun? Ergeben wir uns nun dieser furchtbaren Gewalt und lassen wir unser Streben nach Frieden "sterben" - oder beharren wir weiter darauf, dass es Frieden geben muss und geben kann?

Viele unserer Musikerinnen und Musiker leben in der Region, sie sind unmittelbar betroffen

Ich bin überzeugt, dass wir weitermachen und dafür den größeren

Kontext des Konflikts im Blick haben müssen. Unsere Musikerinnen und Musiker des West-Eastern Divan Orchestra, unsere Studentinnen und Studenten in der Barenboim-Said-Akademie, sie sind fast alle unmittelbar betroffen. Viele der Musikerinnen und Musiker leben in der Region, und auch die anderen haben viele Verbindungen in ihre Heimat. Dies bestärkt mich in meiner Überzeugung, dass es nur eine Lösung dieses Konflikts geben kann: auf der Grundlage von Humanismus, Gerechtigkeit und Gleichheit - und ohne Waffengewalt und Besatzung.

Unsere Friedensbotschaft muss lauter sein denn je. Die größte Gefahr ist doch, dass alle die Menschen, die sich so sehnlichst Frieden wünschen, von Extremisten und Gewalt übertönt werden. Jegliche Analyse, jegliche moralische Gleichung, die wir möglicherweise aufsetzen, muss aber als Basis dieses Grundverständnis haben: Es gibt Menschen auf beiden Seiten. Menschlichkeit ist universell, und die Anerkennung dieser Wahrheit auf beiden Seiten ist der einzige Weg. Das Leiden unschuldiger Menschen auf egal welcher Seite ist absolut unerträglich.

Wir können im Kleinen verändern. Im Großen ist die Politik gefragt

Die Bilder der verheerenden terroristischen Angriffe der Hamas brechen uns das Herz. Unsere Reaktion zeigt deutlich: Die Bereitschaft zur Empathie, die Bereitschaft, die Situation der Anderen nachzufühlen. ist essenziell. Man muss selbstverständlich und gerade jetzt auch Ängste, Verzweiflung und Wut zulassen - aber in dem Moment, wo dies dazu führt, dass wir einander die Menschlichkeit absprechen, sind wir verloren. Jede einzelne Person kann etwas bewirken und weitergeben. So verändern wir im Kleinen. Im Großen ist die Politik gefragt.

Wir müssen denen, die sich zum Extremismus hingezogen fühlen, andere Perspektiven bieten. Meist sind es doch völlig perspektivlose, verzweifelte Menschen, die sich mörderischen oder extremistischen Ideologien verschreiben, dort ein Zuhause finden. Bildung und Information sind ebenso essenziell, denn es gibt so viele Positionen, die auf absoluter Falschinformation basieren.

Der grausame Höhepunkt waren die Nazis, die sechs Millionen Juden ermordeten

Um es ganz klar zu wiederholen: Der israelisch-palästinensische Konflikt ist kein politischer Konflikt, zwischen zwei Staaten über Grenzen, Wasser, Öl oder andere Ressourcen. Es ist ein zutiefst menschlicher Konflikt zwischen zwei Völkern, die Leid und Verfolgung kennen. Die Verfolgung des iüdischen Volkes über 20 Jahrhunderte fand ihren grausamen Höhepunkt in der Ideologie der Nazis, die sechs Millionen Juden ermordeten. Das jüdische Volk hegte einen Traum; ein eigenes Land, eine Heimat für alle Juden im heutigen Gebiet Palästinas. Aus diesem Traum aber folgte eine zutiefst problematische, weil grundfalsche Annahme: Ein Land ohne Volk für ein Volk ohne Land. In Wahrheit jedoch lag der Anteil der jüdischen Bevölkerung Palästinas im Ersten Weltkrieg bei nur neun Prozent. 91 Prozent der Bevölkerung waren also nicht jüdisch, sondern palästinensisch, über Jahrhunderte

gewachsen. Das Land kann kaum als "Land ohne Volk" bezeichnet werden, und die palästinensische Bevölkerung sah keinen Grund, das eigene Land aufzugeben. Der Konflikt war somit unausweichlich, und seit seinem Beginn haben sich die Fronten über Generationen nur weiter verhärtet.

Ich bin überzeugt: Die Israelis werden dann Sicherheit haben, wenn die Palästinenser Hoffnung spüren können, also Gerechtigkeit. Beide Seiten müssen ihre Feinde als Menschen erkennen und versuchen, ihre Sichtweise, ihren Schmerz und ihre Not nachzuempfinden.

Israelis müssen auch akzeptieren, dass die Besetzung Palästinas damit nicht vereinbar ist.

Für mein Verständnis dieses über 70 Jahre alten Konflikts ist meine Freundschaft mit Edward Said das Schlüsselerlebnis. Wir haben ineinander ein Gegenüber gefunden, das uns weiterbringen kann und helfen kann, den vermeintlich Anderen klarer zu sehen und besser zu verstehen. Wir haben uns in unserer gemeinsamen Menschlichkeit erkannt und gefunden. Für mich ist unsere gemeinsame Arbeit mit dem West-Eastern Divan Orchestra, die in der Barenboim-Said-Akademie ihre logische Weiterführung und vielleicht sogar

ihren Höhepunkt findet, die wohl wichtigste Tätigkeit meines Lebens.

Ist es wenig, wenn arabische und israelische Musiker ein Pult teilen?

In der aktuellen Situation fragen wir uns natürlich nach der Bedeutung unserer gemeinsamen Arbeit in Orchester und Akademie. Es mag wenig erscheinen - aber die Tatsache allein, dass arabische und israelische Musikerinnen und Musiker bei iedem Konzert ein Pult teilen und gemeinsam musizieren, das ist für uns von immensem Wert. Über die Jahre haben wir durch diese Gemeinsamkeit des Musizierens. aber auch durch unsere unzähligen. teilweise hitzigen Diskussionen gelernt, den vermeintlich Anderen besser zu verstehen, auf ihn zuzugehen und Gemeinsamkeiten in unserer Menschlichkeit und in der Musik zu finden. Wir beginnen und enden alle noch so kontroversen Diskussionen mit dem grundsätzlichen Verständnis, dass wir alle gleichwertige Menschen sind, die Frieden, Freiheit und Glück verdienen.

Das mag naiv klingen, ist es aber nicht: Denn es ist ja dieses Verständnis, welches im Konflikt auf beiden Seiten heute völlig verloren erscheint.

Unsere Erfahrung zeigt, dass diese Botschaft viele Menschen in der Region und auf der ganzen Welt erreicht hat. Wir müssen, wollen und werden weiter daran glauben, dass

Musik uns in unserer Menschlichkeit einander näherbringen kann.

Der Gastbeitrag erschien am 13. Oktober 2023 in der Süddeutschen Zeitung:

https://www.sueddeutsche.de/kultur/daniel-barenboim-israel-aufruf-hamas-1.6287339?reduced=true.

Mit freundlicher Genehmigung von Süddeutsche Zeitung Content (www.sz-content.de).

Daniel Barenboim, 1942 in Buenos Aires geboren, war - bis zu seinem Rücktritt aus gesundheitlichen Gründen im Januar dieses Jahres - mehr als 30 Jahre lang Künstlerischer Leiter und Generalmusikdirektor der Berliner Staatsoper Unter den Linden. SZ-Kritiker Joachim Kaiser bezeichnete ihn "das letzte Genie der klassischen Musik". Er besitzt sowohl die israelische wie auch die palästinensische Staatsangehörigkeit. Barenboim gründete 1999 das West-Eastern Divan Orchestra, das sich jeweils zur Hälfte aus arabischen und israelischen Musikerinnen und Musikern zusammensetzt. Von beiden Seiten widerfuhr Barenboim für sein Engagement heftige Kritik wie auch Anerkennung.



Bericht über die Diözesanversammlung

am 30. September 2023 in Kevelaer

Johannes Gertz

Aus Anlass des 75 jährigen Gründungsjubiläums der Dt. Sektion von pax christi hatte der Diözesanvorstand zur Diözesanversammlung ins Priesterhaus nach Kevelaer eingeladen. Der Einladung sind erfreulicherweise über 30 Mitglieder gefolgt.

Am Vormittag stand der Vortrag von Prof. Dr. Thomas Nauerth. Mitglied des Deutschen Zweigs des Internationalen Versöhnungsbundes und des wissenschaftlichen Beirats von pax christi, im Zentrum. Unter dem Titel "75 Jahre pax christi - Prägungen und Perspektiven" setzte sich Thomas Nauerth mit den Impulsen auseinander, mit denen Bischof Pierre-Marie Theas in Kevelaer seine Rede begann: "Ich (...) bringe (...) den Bruderkuss des christlichen Frankreichs, einen Kuss, der Verzeihung gewährt und solche sucht, das heißt: den Kuss der Versöhnung". Mit den Stichworten "Bruder", "christliches Frankreich" und "Versöhnung" sind Themen aufgeworfen, die genug Stoff geben für ein langes Nachdenken über anstehende Aufgaben einer sich

Pax Christi nennenden katholischen Friedensbewegung.

Der Vortrag ist auf unserer Webseite zu finden.

Nach einer lebendigen Aussprache und dem wohlverdienten Mittagessen beschäftigte sich die Diözesanversammlung mit den zuvor allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern zugesandten Berichten des Diözesanvorstands, des Friedensreferenten und des Geschäftsführers des Fördervereins. Die Arbeit des Vorstandes, die sich auch in den vielfältigen Aktionen und Bemühungen zeigt, wurde ausdrücklich gelobt. Nachfragen gab es zur Beteiligung am Friedenslauf der Schulen, die mit gut bezeichnet werden konnte. Auch die Vorführung des "Oppenheimer"-

Films mit anschließender Diskussion fand mit ca. 50 Personen eine gute Resonanz. Die anderen Berichte wurden nicht weiter kommentiert.

Der Vorstand wurde ohne Gegenstimme entlastet.

Über die Arbeit der Basisgruppen lagen keine Berichte vor. Manfred Laumann erzählte von dem Anschlag auf die "Oase" in Gronau und mit wieviel helfenden Händen die Folgen des Anschlags beseitigt werden konnten und bat darum, die Arbeit dort im Blick zu haben und zu würdigen.

Der Vorstand hatte der Diözesanversammlung vier Anträge zur Beschlussfassung vorgelegt.

Mit dem ersten Antrag sollten der Diözesanrat, das Diözesankomitee der Katholiken und die Münsteraner Bischöfe gebeten werden, die Kirchenasylbewegung zu stärken. Über ihre je eigenen Wege sollen die Adressaten die Pfarreien, die bereits Kirchenasyl gewähren, bestärken und die übrigen Pfarreien ermutigen, die Gewährung von Kirchenasyl zu erwägen. Der Antrag wurde ohne Gegenstimmen angenommen. Den vorgeschlagenen Austausch zwischen den Pfarreien über ihre Erfahrungen mit Kirchenasylen gibt es bereits.

Im zweiten Antrag ging es darum, die deutschen Bischöfe aufzufordern, sich gegen die Pläne der EU für ein neues Asylrecht an den EU-Außengrenzen zu positionieren und für eine Gewährleistung des Rechts auf Asyl in Deutschland und Europa einzusetzen. Adressat des entsprechenden Schreibens ist der Migrationsbeauftragte der Dt. Bischofskonferenz. Bischof Kohlgraf, als pax christi-Präsident, sowie die Münsteraner Bischöfe sollen das Schreiben zur Kenntnis erhalten. Auch dieser Antrag wurde ohne Gegenstimmen angenommen.

Die Stärkung der Position von Papst Franziskus im Ukrainekrieg war Gegenstand des dritten Antrags. In einem Schreiben des Vorstands soll an das Diözesankomitee, den Diözesanrat und die Deutsche Bischofskonferenz die Bitte herangetragen werden, sich mit ihren Möglichkeiten für eine Stärkung der Position von Papst Franziskus im Ukrainekrieg einzusetzen, die nicht auf eine Polarisierung der Kriegsparteien setzt, sondern einen sofortigen Waffenstillstand und Friedensverhandlungen fordert. Das Schreiben soll noch um weitere theologische Argumente ergänzt werden. Dazu erklärten sich Klaus Hagedorn und Norbert Arntz bereit. Außerdem wurde der Vorstand gebeten, diesen Antrag auch in die Ende Oktober stattfindende Delegiertenversammlung von pax christi einzubringen. Der Antrag wurde einhellig beschlossen.

Der vierte Antrag zielte darauf, die Kriminalisierung der Klimabewegung zu stoppen und zivilen Ungehorsam zu unterstützen. Mit zwei geänderten Formulierungen verabschiedete die Diözesanversammlung auch diesen Antrag bei einer Enthaltung. Die Diözesanversammlung stellt sich solidarisch hinter die Menschen, die nach gründlicher Gewissensbildung zu gewaltfreien Methoden des zivilen Ungehorsams greifen. Der Vorstand hat nun den Auftrag die staatlichen und polizeilichen Stellen in unserem Land in geeigneter Form aufzufordern, die immer weiter gehende Kriminalisierung von Akteurinnen und Akteuren der Klimagerechtigkeitsbewegung zu stoppen und in der Wahl ihrer Mittel nicht zu einer weiteren Verletzung der Grundrechte von Menschen und gesellschaftlicher Spaltung beizutragen.

Der Diözesanvorstand hat die Diskussion der vier Anträge, die allesamt angenommen worden sind, als konstruktiv und motivierend empfunden.

Nach Abschluss dieses Tagesordnungspunktes wurde zunächst an die anstehenden Veranstaltungen erinnert, die auf unserer Homepage nachzulesen sind.

Hingewiesen wurde auf die Ausstellung "Gestalten der Gewaltfreiheit", die für den Katholikentag 2018 in Münster entwickelt worden ist und ausgeliehen werden kann. Klaus Hagedorn erläuterte, dass die Ausstellung, die derzeit sieben Gestalten der Gewaltfreiheit porträtiert, um drei weitere Portraits von Frauen ergänzt werden soll. Außerdem ist geplant, die Ausstellung zu ergänzen um zwei Planen, auf denen alle zehn Gestalten mit kurzen Zitaten dargestellt werden. So kann die Ausstellung auch gezeigt werden, wenn nicht genügend Raum für die zehn Ausstellungsplanen vorhanden ist.

Um weitere Menschen, die an unserer Arbeit interessiert sein könnten, zu erreichen, wurden die Anwesenden gebeten, den von Daniel Hügel ungefähr 10-mal im Jahr zusammengestellten Newsletter an Freunde und Bekannte weiterzusenden und das Interesse an einem Bezug abzufragen. Derzeit umfasst der Verteiler etwas mehr als 130 Personen, von denen rund 35 keine pax christi-Mitglieder sind.

Angeregt wurde vom Geschäftsführer des Fördervereins, zeitlich begrenzte Mitgliedschaften an Kinder oder Enkel zu verschenken.

So bestünde die Möglichkeit die mittlere und jüngere Generation über unsere Arbeit zu informieren und vielleicht auch für eine Mitgliedschaft zu gewinnen. Ein entsprechendes Formular soll auf unserer Homepage hinterlegt werden.

Um die pc-korrespondenz bekannter machen, könnte sie an einem geeigneten Ort zum Mitnehmen ausgelegt werden. Wer Ideen dazu hat, möge sich mit Daniel Hügel in Verbindung setzen.

Abgefragt wurde auch das Interesse an einem halbtägigen/ganztägigen Studientag. Konkrete Vorschläge dazu gab es nicht, können aber jederzeit an den Vorstand oder Friedensreferenten herangetragen werden.

Schließlich fragte der Vorstand mit Blick auf die in diesem Jahr erstmalig durchgeführte Fahrradpilgertour auf den Spuren der Friedensreiter, ob auch im kommenden Jahr ein Angebot gemacht werden soll. Einer der diesjährigen Teilnehmer kann sich vorstellen, ein Angebot zu entwickeln.

Wir beendeten die Diözesanversammlung mit einer gemeinsamen Mahlfeier, die unser Geistlicher Beirat Jan Henrik Röttgers vorbereitet hatte und auch leitete. Geistlich gestärkt mögen wir alle in Frieden dorthin gehen, wo wir leben, und uns dort weiter nach besten Kräften für Frieden und Gerechtigkeit einsetzen.



Unter dem Motto "verhandeln – jetzt" stand der diesjährige Friedenskulturmonat, der traditionell im September mit zahlreichen Veranstaltungen stattfand. Auch unser Diözesanverband organisierte einige Veranstaltungen und war an weiteren Events als Kooperationspartner dabei.

Aus der Geschichte wissen wir, dass Konflikte und Kriege vor allem beendet werden durch Gespräche, Verhandlungen, Verträge – Diplomatie. Wir müssen miteinander reden. Die Veranstaltungen im Friedenskulturmonat 2023 geben dazu Gelegenheit und zeigen gleichzeitig einen Weg zum Frieden ohne weitere Opfer: verhandeln – jetzt!

No peace - no future

Unseren erfolgreichen Auftakt in den Friedenskulturmonat hatten wir mit dem Vortrag des Theologen und Publizisten Peter Bürger. Gut 25 Gäste folgten den Ausführungen Bürgers gespannt, um im Anschluss in den interessanten und bewegten Austausch zu gehen. Lange haben wir in den Abgrund geschaut der militaristischen und kapitalistischen Welt und der verpassten Chancen und untergegangenen Rufe zur Umkehr.

58

Bürgers Plädoyer war, dass es z.T. schon zu spät ist, aber wir uns immer für Kooperation statt Konkurrenz entscheiden können und die Revolte für das Leben wagen, indem wir liebevoll und achtsam

umgehen und weiter für eine Friedensordnung statt multipolare Konkurrenzordnung werben. Dafür sind positive Bilder unerlässlich.



Peter Bürger während seines Vortrags

Oppenheimer - Film und Diskussion

Der aktuelle Film "Oppenheimer" von Christopher Nolan schildert uns die Abläufe des Manhattan-Projekts, in dessen Rahmen die erste Atombombe der Welt entwickelt wurde. Nach dem Einsatz der beiden Atombomben im 2. WK und seinen verheerenden Auswirkungen auf die Menschheit, setzte sich Oppenheimer vehement dafür ein, dass keine weitere abgeworfen werden würde. Über 40 Menschen verfolgten auf Einladung von pax christi und der Friedensinitiative in Münster (FIM) den Film.

Aktuell wächst die Gefahr des Einsatzes von Atomwaffen und eines neuen Wettrüstens der Atommächte – darüber diskutierten wir im Rahmen der Veranstaltung mit Heidi Kassai, Expertin von ICAN (Internationale Kampagne für das Verbot von Atomwaffen) im Vorfeld und im Anschluss des Films mit ca. 20 Menschen.



Heidi Kassai und Jan Henrik Röttgers während der spannend Diskussion

Hier konnten auch einige der Leerstellen, die der Film hinterließ, gefüllt werden: So berichtet Kassai nicht nur über die Auswirkungen der abgeworfenen Atombomben in Japan, sondern auch über die unmittelbaren und langfristigen Folgen der Atomtests. Verdrängung und Zwangsumsiedlungen von Menschen, etwa in New Mexico

und im pazifischen Bikini-Atoll. Die Gebiete sind bis heute aufgrund der hohen Strahlung unbewohnbar.

Mit einem deutlichen Appell für die Abschaffung aller Atomwaffen endete die spannende Diskussion.

Atomare Lücken – Ein Kommentar zum Film Oppenheimer

Zum Film der Kommentar von Sebastian Niemetz, ICAN:

In Oppenheimer erzählt Starregisseur Christopher Nolan von den Anfängen des atomaren Zeitalters und dem Werdegang des "Vaters der Atombombe". Doch der Film über den Leiter des Manhatten-Projekts, J. Robert Oppenheimer, lässt viele Lücken offen. Zwar ist Nolan ein visuell beeindruckender Film gelungen, der die Geheimnisse des Manhattan Projects und die heiklen Entwicklungen in Los Alamos eindrucksvoll einfängt. Ohne die Geschichten der Betroffenen von Atomwaffen zu würdigen, versäumt er es jedoch, ein vollständiges und ausgewogenes Bild der historischen Ereignisse zu zeichnen.

Jede Murmel eine Geschichte

Bevor im Film die erste Atomwaffe der Welt gebaut ist, füllt Robert Oppenheimer, gespielt von Cilian Murphy, nach und nach ein Fischglas mit Murmeln. Das große Glas soll verdeutlichen, welche Unmengen an Uran und Plutonium für den Bau der Bombe benötigt werden.

Was dem Publikum nicht gezeigt wird: Hinter jeder dieser Murmeln stehen unzählige Geschichten von oftmals indigenen Menschen, die unter dem Uranabbau in Ländern wie Kanada, Australien oder Namibia gelitten haben.

Auch unerwähnt bleiben die Stimmen der Menschen, die für den Bau von Los Alamos vertrieben wurden. Stattdessen lässt Nolan seinen Hauptcharakter in mehreren Szenen romantisch durch die scheinbar menschenleere Wüste New Mexicos reiten.

https://www.icanw.de/blog/atomare-luecken-ein-kommentar-zum-film-oppen-heimer/ Veröffentlicht am 09. August 2023 Unerwähnt bleiben zudem die Betroffenen des ersten Atomtests "Trinity" und der tausenden atomaren Tests, die danach über dem Globus verteilt stattfanden. Nicht einmal die hunderttausenden Opfer von Hiroshima und Nagasaki erhalten in *Oppenheimer* eine Stimme.

60

Statt zu zeigen, welche Auswirkungen diese Massenvernichtungswaffen haben, welchen Terror sie in die Welt bringen, bleibt der Film hinsichtlich der Konsequenzen von Atombomben nebulös. *Oppenheimer* wagt es nicht, einen realistischen Blick auf die nukleare Bedrohung zu werfen.

Ein Film über die Bombe - ohne die Betroffenen

So bildgewaltig der Film auch sein mag, verpasst Oppenheimer viele Chancen. Er hätte darstellen können, wie die Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki keine Notwendigkeit waren. Er hätte dem Publikum verdeutlichen können. welches Leid Atomwaffen in ihrer Entwicklung, Produktion und Verwendung brachten - und noch immer bringen. Und er hätte aufzeigen können, dass es einen Plan gibt, die Welt für immer von Atomwaffen zu befreien.

Pazifismustagung "375 Jahre Westfälischer Frieden – Der Krieg erfordert neue Friedensperpektiven"

Der Westfälische Frieden beendete den 30jährigen Krieg auf dem Verhandlungsweg. Auf der Tagung wurden heutige Positionen zur Friedenssicherung und Fragen wie die nach Waffenlieferungen in Kriegsgebiete, Voraussetzungen und Ziel von Verhandlungen, die Gefahr der atomaren Eskalation, Perspektiven einer kooperativen Friedensord-

nung und auch die Rolle von Desertion, Kriegsdienstverweigerung und Sozialer Verteidigung diskutiert. Organisiert und durchgeführt wurde die Tagung von der Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsdienstgegner*innen (DFG-VK) in Kooperation mit der Friedenskooperative sowie unserem pax christi Diözesanverband Münster.

Friedenstagung 2023 in Münster: "Wege zum Frieden gute Beziehungen schaffen und miteinander reden"

Rixa Borns (Fim), Frank Oldengott (Kulturguartier Münster)



Die Friedenstagung am 25. September 2023 hatte das Ziel, einen Dialog über die Rolle von Atomwaffen, eine zeitgemäße deutsche Sicherheitspolitik und eine neue politische Strategie für eine atomwaffenfreie Welt zu initiieren. Zu den Veranstaltern gehörten das Kulturquartier. die Friedensinitiative Münster, pax christi, ICAN, IPPNW, Greenpeace und Ohne Rüstung Leben.

Janina Rüther und Heidi Kassai von ICAN Deutschland präsentierten zwei Denkansätze, die die Diskussion über Atomwaffen und ihre Auswirkungen lenken: Die Sicherheitslogik, geprägt vom Kalten Krieg, basiert auf Abschreckung und Konfrontation. Die Friedenslogik, von den UN in den 90er Jahren formuliert, setzt auf Kooperation und Verständigung. Die Referentinnen

warnten vor der trügerischen Abschreckungstheorie, die den Besitz von Atomwaffen mit der Bereitschaft zu ihrem Einsatz verknüpft. Ein Atomkrieg hätte verheerende Auswirkungen und könne nur durch den Atomwaffenverbotsvertrag verhindert werden, für den öffentlicher Druck notwendig sei.

Christoph von Lieven (Greenpeace Deutschland) betonte die Bedeutung des Atomwaffenverbotsvertrags, kritisierte den Mangel an Fortschritten im Nichtverbreitungsvertrag und rief dazu auf, dem Atomwaffenverbotsvertrag beizutreten. Deutschland solle eine führende Rolle in der Abrüstung einnehmen, Gewalt als politisches Mittel ablehnen und sich verstärkt für Frieden und Gerechtigkeit weltweit einsetzen.

Prof. Karl Hans Bläsius (Hochschule Trier) sprach über die Risiken unbeabsichtigter Atomkriege und die Rolle künstlicher Intelligenz. Er warnte vor einem höheren Risiko durch Fehler in Frühwarnsystemen und Entscheidungsprozessen. Bläsius plädierte für einen Stopp des Konfrontationskurses zwischen Großmächten, um gefährliche Waffen zu verhindern und Risiken zu reduzieren.

Dr. Leo Ensel, Konfliktforscher, erinnerte an den 26.09.1983, als die Welt knapp einem Atomkrieg entging. Er warnte davor, die Gefahr der Selbstvernichtung zu vernachlässigen, und betonte, dass Moral im Atomzeitalter bedeute, sich das Endziel der Aktivitäten bewusst zu machen.

Die Diskussion und visionären Ideen zur Förderung des Weltfriedens und zur Abschaffung von Atomwaffen zeigten die Dringlichkeit eines tiefgreifenden Wandels, um die aktuellen Herausforderungen zu bewältigen.

Die Beiträge sind auf YouTube unter "FRIEDENSTAGUNG 2023 MÜNSTER" veröffentlicht.

Friedenslauf 2023

Laufen für Vielfalt und Frieden

Daniel Hügel

Am Weltfriedenstag am 21. September gingen 1.300 Schüler*innen von drei Schulen beim 7. Münsteraner Friedenslauf an den Start. Auf der Sportanlage des SC Münster 08 sammelten sie dabei Spenden für die Arbeit von pax christi Münster. Zudem unterstützen sie mit dem Erlös des Laufes auch die Arbeit des Forum Ziviler Friedensdienst e. V. (forumZFD) in der Ukraine und weltweit.

Im Vorfeld der Aktion suchten alle Schüler*innen in ihrem persönlichen Umfeld Sponsor*innen, die ihnen einen individuell gewählten Spendenbetrag pro gelaufener Runde zusagten.

Die meisten Teilnehmenden stellte die Mathilde-Anneke-Gesamtschule mit über 1.000 Läufer*innen, doch auch die Papst-Johannes-Schule sowie die Primus-Schule Münster gingen an den Start. Bürgermeister Klaus Rosenau begrüßte die Schüler*innen bei schönstem Sonnenschein und schickte sie auf die ca. 1km lange Runde. Spontan stieg er auch als Sponsor eines mitlaufenden Lehrers ein.

Mit dem Erlös des Friedenslaufs unterstützen die Schüler*innen die Projektarbeit des forumZFD. Im Fokus stand dabei die Friedensarbeit in der Ukraine. Neben der akuten

Nothilfe leisten das forumZFD und seine Partner dort bereits wieder Friedensarbeit im eigentlichen Sinne: In einer Gesellschaft, in der es durch den Krieg große Spannungen gibt, schaffen sie Räume für Dialog und Austausch – zum Beispiel zwischen Menschen aus Odessa und denen, die aus den östlichen Teilen des Landes dorthin geflohen sind. Mit seinem Erlösanteil organisiert pax christi Münster Gedenk- und Diskussionsveranstaltungen, Studientage sowie Workshops mit Schüler*innen und Lehrkräften. Wir freuen uns über ein vorläufiges Spendenergebnis von mehr als 20.000 Euro!

Zu den Unternehmen, die den Friedenslauf mit Sach- und Dienstleistungen unterstützen, gehören BanaFair e.V., Pegasus Umzüge Münster, die Sparkasse Münsterland Ost und die Malteser.

Wohnen - ein Menschenrecht

Martinsscheune in Dinklage erhält den siebten Papst Johannes XXIII Preis

Dieser Preis wird vom Diözesanverband pax christi Münster seit 2011 alle zwei Jahre verliehen. Er ist für Personen und Organisationen in unserem Bistum bestimmt, die im Sinne des Konzilspapstes sich für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung einsetzen und die die Grundintention der Pastoralkonstitution ..Gaudium et Spes" mit ihrem Engagement verheutigen: "Freude und Hoffnung, Trauer und Angst der Menschen von heute, besonders der Armen und Bedrängten aller Art, sind auch Freude und Hoffnung, Trauer und Angst der Jünger Christi. Und es gibt nichts wahrhaft Menschliches. das nicht in ihren Herzen Widerhall fände." (GS 1)

Die feierliche Preisverleihung fand am 18. November vor Ort in Dinklage statt. Mehr als 50 Gäste waren gekommen, darunter ehemalige und aktuelle Bewohner*innen der Martinsscheune sowie Weihbischof Wilfried Theising und Bürgermeister Carl Heinz Putthoff und die Vorstandsmitglieder des Vereins Martinsscheune, Thomas Niemann und Natascha Hoffmann.

Klaus Hagedorn, Mitglied des Bundesvorstands von pax christi, führte durch die Veranstaltung. Die Laudatio hielt Prof. Dr. Norbert Mette. In dieser lobte Mette den Einsatz der Martinsscheune und erinnerte, wie erniedrigend und entwürdigend das Leben eines Wohnungslosen ist. Auch aufgrund der steigenden Zahlen von wohnungs- und obdachlosen Menschen in Deutschland rief Mette die Kirchen dazu auf. mehr gegen die zugrundeliegenden strukturellen Probleme zu tun. Die vollständige Laudatio lesen Sie auf den nächsten Seiten.

Für den Verein nahm Sr. Johanna zusammen mit den aktuellen Vorstandsmitgliedern Thomas Niemann und Natascha Hoffmann den Preis dankend entgegen und sie brachten ihre Hoffnung auf andauernde Unterstützung vieler zum Ausdruck.

Äbtissin Franziska zitierte aus der Enzyklika Papst Johannes XXIII "PACEM IN TERRIS" von 1963: "Bezüglich der Menschenrechte, die wir ins Auge fassen wollen, stellen wir gleich zu Beginn fest, dass der Mensch das Recht auf Leben hat, auf die Unversehrtheit des Leibes sowie auf die geeigneten Mittel zu angemessener Lebensführung. Dazu gehören Nahrung, Kleidung, Wohnung, Erholung, ärztliche Behandlung und die notwendigen Dienste, um die sich der Staat gegenüber dem einzelnen kümmern muss." Darauf sei die Martinsscheune eine Antwort. Für den musikalischen Rahmen sorgte Eric Geier von der Musikschule Romberg.

Nach Abschluss der würdevollen Preisverleihung gingen die Gäste zu gemeinsamen Mittagsgebet, bevor der Tag bei Speisen und Getränken sowie vielen eindrucksvollen Gesprächen ausklang.

Das Projekt Martinsscheune ist eine Einrichtung der Benediktinerinnenabtei St. Scholastika auf Burg Dinklage. In der Zeit von 1992 bis 1997 wurde mit Hilfe von Spenden eine Scheune des alten Gutshofes als temporäre Unterkunft für Menschen ohne Wohnung umgebaut. Rechtsträger dieses Projekts ist der gemeinnützige Verein "Martinsscheune e.V. – Herberge für Menschen in Not".

Die Gäste (so werden die Kommenden genannt) versorgen sich selbst. Die Schwestern des Klosters bieten Hilfe zur Selbsthilfe an und vermitteln, wo nötig, zu professionellen Helfer*innen. Menschen, die ohne festen Wohnsitz leben und auch weiter so leben wollen, sind genauso willkommen wie diejenigen, die ihre Lebenssituation zu verändern trachten.

Im Jahre 2022 konnte die Martinsscheune auf ihr 25-jähriges Bestehen zurückblicken. In dieser Zeit haben viele zum Gelingen des Projektes beigetragen: durch finanzielle oder materielle Unterstützung, durch ehrenamtliche Mitarbeit, durch fachliche Beratung rechtlicher, medizinischer oder sozialpädagogischer Art, durch hauspflegerische Dienste, ohne die die Begleitungsund Betreuungsarbeit nicht hätte durchgeführt werden können.



Sr. Johanna und die aktuellen Vorstandsmitgliedern Thomas Niemann und Natascha Hoffmann (v.l.) nahmen den Preis in Form von Büste und Urkunde von Klaus Hagedorn entgegen.

"Wo wohnst Du?"

Laudatio zur siebten Verleihung des Papst Johannes XXIII-Preises an die Martinsscheune (Dinklage) am 18. November 2023

Norbert Mette

"Wo wohnst Du?" – Es wäre sicherlich interessant, wenn wir uns hier und jetzt untereinander über diese Frage austauschen und so einander kennenlernen würden. Es käme wohl zu einem bunten Bild über die hier antreffbaren verschiedenen Wohnorte und -formen: Stadt -Land, ruhig – laut, groß – klein, zu Miete – Eigenheim, vorübergehend -dauerhaft, Umgebung mit vorwiegend "einheimischer" Bevölkerung - multikulturelle Umgebung, gut erschlossen mit Dienstleistungen wie Schulen, Geschäften, Ärzten, Geldinstituten, Freizeitmöglichkeiten etc. – nur mit längeren Fahrten erreichbar, und vieles andere mehr. Darüber hinaus würde man über die jeweiligen Antworten viel über dessen oder deren Persönlichkeit erfahren: Wo jemand wohnt, zum Beispiel im Norden oder im Süden Dortmunds, ist aufschlussreich dafür, welche Wohnumgebung sich jemand leisten kann oder sein Leben zu fristen gezwungen ist.

Wie die Wohnung eingerichtet ist, besagt eine Menge über den jeweiligen Lebensstil und wie sie wohnlich einzurichten man es sich erlauben kann. Möglicherweise erfährt man über bestimmte Möbel und Bilder etwas über die Herkunft der Bewohnerin oder des Bewohners bzw. über die ästhetischen Vorlieben. Ob es Kinderzimmer gibt oder nicht und, wenn ja, wie diese ausgestattet sind, gibt Aufschlüsse über den Lebensspielraum, wie Kinder heranwachsen können. Also, der Ort und die Art des Wohnens besagen eine Menge über die jeweils betreffenden Personen.

Auch an Jesus ist, wie das Johannesevangelium berichtet, die Frage gerichtet worden: "Rabbi, wo wohnst du?" (Jo 1,38) Sie wird von zwei Jüngern des Johannes des Täufers gestellt, als Jesus bei diesem weilte und sich von ihm taufen ließ. Als er am Tag darauf wieder Johannes begegnete, sagte dieser zu den beiden Jüngern: "Seht, das Lamm Gottes." (Jo 1,36) Dies machte die beiden neugierig und sie folgten Jesus, was diesen veranlasste, sie zu fragen: "Was sucht ihr?" (Jo 1,38). Darauf stellten sie ihm die erwähnte Frage. Seine Antwort lautete: "Kommt und seht! Da gingen sie mit ihm, sahen, wo er wohnte, und blieben jenen Tag bei ihm; es war um die zehnte Stunde." (Jo 1,39) Einer der beiden Jünger, Andreas, war überzeugt, dass sie in Jesus den Messias gefunden hätten, und teilte dies seinem Bruder, Simon, mit. Beide schlossen sich Jesus an. Simon wurde von ihm Kephas, Petrus, der Fels, umbenannt.

Als ich verschiedene exegetische Bibelkommentare und im Internet veröffentlichte Predigten zu dieser kurzen Szene aus dem Johannesevangelium durchforstete, fiel mir auf, dass meistens darauf abgehoben wurde, mit ihrer Frage "Wo wohnst du?" hätten die beiden Jünger keine bloße Auskunft über die Wohnung Jesu erhalten wollen, sondern sie hätten bei ihm viel Hintergründigeres gesucht und auf das Votum des Täufers hin von ihm erwartet, wie etwa: Was ist Dein Ursprung? Worauf gründest Du? Was macht Deinen Lebensraum aus? Mit seiner Reaktion "Kommt und seht!" lädt er die Jünger dazu ein, mit ihm zu gehen, ihm nachzufolgen, um unmittelbar Erfahrungen mit ihm

machen zu können. So gesehen richtet der Evangelist Johannes die Aufmerksamkeit seiner Hörer und in den folgenden Kapiteln seines Evangeliums mit ihren Erzählungen über diesen Messias Jesus.

So stimmig diese idealistische Deutung ist, so hat mich doch verwundert, dass es offensichtlich für zu banal gehalten wird, die Frage der Jünger, wo Jesus wohne, auch ganz wörtlich zu nehmen, sie in ihrem materialistischen Sinn zu verstehen. Immerhin hat Jesus sie laut dem Evangelium daraufhin in seine Wohnung mitgenommen. Sie wird nicht näherhin beschrieben. Sie war für Jesus eine vorübergehende Bleibe während seines Aufenthalts bei Johannes dem Täufer. Er hat sie dann am Tag nach der Berufung der ersten Jünger verlassen, um nach Galiläa als Region seiner Wirkungsstätte aufzubrechen (vgl. Jo 1, 43).

Wenn es im Prolog des Johannesevangeliums heißt, dass Jesus als der einzige Sohn des göttlichen Vaters Fleisch geworden ist und unter uns gewohnt hat (vgl. Jo 1, 14), dann bezeugt der Kontext dieses Prologs, dass er alles andere als begeisterte Aufnahme vonseiten der Seinen gefunden hat. Genau das spiegelt sich konkret in der Wohnungssituation Jesu zeit seines Lebens wieder, wie man sie in den Evangelien nachlesen kann. Es begann mit seiner Geburt in einer Notunterkunft vor den Toren Bethlehems – statt in einer gastlichen Herberge oder gar in einem herrschaftlichen Palast. Schon bald mussten Maria und Josef sich mit ihm ins Exil nach Ägypten begeben, um den Schergen des Königs Herodes zu entkommen. Zurückgekehrt in den unbedeutenden Flecken Nazareth in Galiläa hat die Familie in einem kleinen und einfachen einfachsten ärmlichen Bedingungen gefristet. Wie anders, nämlich voller Luxus das Leben aussehen kann, bekamen Josef und vermutlich auch Jesus beim Wiederaufbau der benachbarten Stadt Sepphoris durch Herodes Antipas, dem Sohn von Herodes dem Großen, mit, als sie sich dort als Bauhandwerker verdingten. Diesen von ihm erlebten Kontrast zwischen einem Dasein in Luxuswohnungen und dem Leben eines Bettlers vor deren Türen hat Jesus in seinem Gleichnis vom reichen Mann und dem armen Lazarus aufgenommen (vgl. Lk 16, 19-31). Er selbst hatte während seines Wanderpredigerlebens in Galiläa keinen festen Wohnsitz. Dem Schriftgelehrten, der Jesus anbot, ihm zu folgen, wohin er gehe, gab er zu verstehen: "Die Füchse haben Höhlen und die Vögel des Himmels Nester, doch der Menschensohn hat nichts, wo er den Kopf hinlegen könnte." (Mt 8, 20) In der Gefolgschaft Jesu gab es zwei Gruppen: Die einen zogen mit ihm umher,

die anderen blieben sesshaft in ihren Häusern. Damit ermöglichten sie es Jesus und seiner Gefolgschaft, auf ihrer Wanderschaft hier und dort unterzukommen. Bekannt dafür ist z.B. das Haus von Maria und Marta (vgl. Lk 10, 38-42). Gemäß der heutigen Fachterminologie wäre Jesus somit als "verdeckt wohnungslos" zu bezeichnen.

Haus gelebt und ihr Leben unter Auf diese Weise für das Thema "Wohnen" in der Bibel aufmerksam geworden, kann man entdecken, welch große Bedeutung ihm darin zukommt. Dabei ist von der Wohnung Gottes die Rede und von der Wohnung der Menschen; teilweise geht beides ineinander über. Dass dieses in der Rezeption der biblischen Schriften kaum einen Niederschlag gefunden hat und findet, dürfte damit zusammenhängen, dass die verschiedenen Stellen in der Bibel dazu schlicht und einfach überlesen worden sind, weil die Ausleger und Auslegerinnen zum überwiegenden Teil in behüteten Wohnverhältnissen zuhause waren und sind und ihnen deswegen gar nicht bewusst ist, was es mit Menschen macht, wenn sie dieses Glück nicht haben.

> Die Bedeutung, die das Volk Israel, nachdem es einmal sesshaft geworden war, dem Wohnen in einem eigenen Haus beimaß, hat ihren Grund im Schöpfungsglauben.

"Jeder Mensch", so resümiert Ulrich Thien seine Studien zum biblischen Befund, "erhält nach der Schöpfungstheologie genügend Lebensraum zum individuellen Wohnen. zur Nutznießung, für Ruhe und zur eigenen Sicherheit. [...] Für das Volk Israel hat das Wohnen die Bedeutung von sich niederlassen und im Frieden leben, ein Klima, das Gott für alle wollte. Dies gilt als Zeichen von Frieden und Glück, von Intimität und Unversehrtheit und findet seine Vollendung bei Gott mit der ewigen Wohnung im Himmel." Das Recht, über so viel Grund verfügen zu können, dass eine Familie eigenständig sein kann, wurde in der Tora durch verschiedene gesetzliche Maßnahmen abgesichert (vgl. bes. Lev 25 zum Sabbat- und Jubeljahr). Sie basierten auf dem Grundsatz. dass die Erde und alles, was sie erfüllt – der Erdkreis und seine Bewohner –, Gott gehört (vgl. Ps 24,1) und sie von ihm den Menschen treuhänderisch zur friedlichen Nutzung anvertraut ist (vgl. Lev 25,23). Sie bleibt sein Eigentum. Daraus ergeben sich auch strukturelle Konsequenzen, wie insbesondere die, dass jegliche Spekulation mit Grund und Boden ausgeschossen ist. Es handelt sich um keine Ware zur eigenen Bereicherung.

Wenn das Wohnen-Können für das Sich-entwickeln-Können der Menschen ie für sich und miteinander einen so großen Stellenwert hat, heißt das, dass die, denen das verwehrt ist, damit ihrer Lebensperspektive verlustig gehen. Wie erniedrigend und entwürdigend das Leben eines oder einer Wohnungslosen ist, wird in der spätjüdischen Weisheitsliteratur im Buch Jesus Sirach eindrücklich geschildert (vgl. Sir 29, 21-28).2 Er oder sie ist den Vorurteilen und der Gunst der Wohnungsbesitzenden ausgeliefert. Als von deren Gunst Abhängige haben sie den Mund zu halten, selbst wenn sie ausgenutzt werden. Die gewährte Unterkunft ist zu verlassen, wenn ein Verwandter des Besitzers zu Besuch kommt, auch wenn die Betroffenen nicht wissen, wohin sie gehen sollen. Zusätzlich würden sie wegen ihrer Wohnungsnot nur Vorwürfe zu hören bekommen und beschimpft werden, was für feinfühlige Menschen nur schwer zu ertragen sei, bemerkt Jesus Sirach. Als elementare Grundbedürfnisse. auf die jeder Mensch Anspruch hat, macht er geltend: "Lebensnotwendig sind Wasser, Brot und Kleidung und ein Haus zum Schutz der Privatsphäre." (Sir 29, 21)

¹ Thien 1998, 191; vgl. auch Päpstliche Kommission 1988, 11; Basisdokument 1993, 36-41.

Basisdokument 1993, 38; Thien 1998, 160f.

Es sind genau diese Lebensnotwendigkeiten, ergänzt um ein paar weitere, die Jesus in seinen Seligpreisungen (Mt 5,3-12; Lk 6,20-26) und in seiner Rede vom Weltgericht aufgreift (vgl. Mt 25,31-46) und bekräftigt. Dabei ist er so weit gegangen, dass er sich mit den Hungrigen, Durstigen, fremden Wohnungslosen, Nackten, Kranken und Gefangenen identifiziert und denen, die aktiv diesen Geringsten beistehen, bescheinigt, dass sie das ihm getan haben.

Dieser im Ersten Testament grundgelegte und von Jesus aufgegriffene Glaube an die Parteilichkeit Gottes besonders für die Armen und Bedrängten hat einen entscheidenden Anstoß zu einer entsprechenden Praxis der Gläubigen in der Nachfolge Jesu gegeben. In der Apostelgeschichte wird es als Ideal des Lebens der jungen Gemeinden geschildert (vgl. Apg 2,43-47; 4,32-37), dass die ihnen Zugehörenden alles gemeinsam haben und jedem und jeder das zuteil wird, was er oder sie nötig hat. Mag das auch so nicht vollkommen realisiert worden sein, so kam Privathäusern in den Anfängen des Christentums eine große Bedeutung zu. In ihnen, von reichen Mitgliedern zur Verfügung gestellt, spielte sich das Leben der Gemeinden ab. Liturgie und Diakonie bildeten darin eine Einheit.

Interessant ist in einem Beitrag des Kirchenhistorikers Hubertus Lutterbach zu lesen, dass diese Einheit sich in der Weise der kirchlichen Bauten in der Spätantike und im Mittelalter, also räumlich widerspiegelte. Er beschreibt das mit Blick auf Kirchengebäude des 5. bis 7. Jahrhunderts in Gallien wie folgt: "Nicht selten lebte der Bischof als der oberste Verantwortliche für die Liturgie und die Armensorge in einem Nebenraum der Kirche. Im Bedarfsfall teilte er seine Wohnung mit Bedürftigen, die er aufnahm und denen er Gastfreundschaft gewährte. [...] Die Gewährung von Gastfreundschaft im Bereich der Kirche zählte zu den vornehmsten Aufgaben des Bischofs. Schon Justin unterstreicht, dass der Bischof ›die durchreisenden Fremden versorgen müsse, denn er sei allen, die in Not sind, ein Fürsorger«. Aus diesem Selbstverständnis heraus, dass der Bischof eine Verpflichtung und eine Herz für die Armen hat, bekam das oftmals direkt an die Kirche angebaute Bischofshaus den Charakter eines sozialen Zentrums mit eigenen Herbergen und Häusern für Fremde, Arme und Kranke."3

Dass eine solche Weise des Wohnens von Bischöfen nicht nur Vergangenheit ist, sondern auch heute noch begegnen kann, habe ich eindrucksvoll bei meinen Besuchen in Lateinamerika erleben können – vorzugsweise bei Bischöfen, die am Ende des 2. Vatikanischen Konzils 1965 den Katakombenpakt unterzeichnet hatten.

Daneben bildete und bildet das Leben der Einheit von Liturgie und Diakonie das Kennzeichen vieler Ordensgemeinschaften. Der Ort, an dem wir hier heute zusammengekommen sind, die Benediktinerinnenabtei St. Scholastika auf Burg Dinklage, gibt dafür ein eindrucksvolles Beispiel her. Mit der Einrichtung einer "Herberge von Menschen in Not", kurz "Martinsscheune" genannt, die im Jahre 1997 nach dem von Spenden finanzierten Umbau einer Scheune eröffnet worden ist. haben die Schwestern zusätzlich zu ihrer Möglichkeit, am Klosterleben bzw. an unterschiedlichen Angeboten teilnehmen wollende Gäste unterzubringen, temporäre Aufenthaltsgelegenheit für Personen geschaffen, die in Wohnungsnot geraten sind und Hilfe suchen und erbitten. Die Schwestern werden dabei von ehrenamtlich Tätigen unterstützt. Auf der Homepage der Abtei wird das, "was wir anbieten", kurz und knapp wie folgt angegeben: "... sechs Einzelzimmer mit Waschbecken, geschlechtergetrennte Bäder, eine gemeinsame Wohnküche, Fernseher auf dem Zimmer, WLAN und Kaffee satt,

einen Fahrradunterstand und eine Sonnenterasse ... für einige Tage oder eine Zeit des Übergangs. Unsere Gäste versorgen sich selbst. Wir bieten Hilfe zur Selbsthilfe an und vermitteln, wo nötig, zu professionellen Helfer:innen. Menschen. die ohne festen Wohnsitz leben und weiter so leben wollen, sind genauso willkommen wie diejenigen, die ihre Lebenssituation verändern möchten." Die Schwestern beherzigen damit die Ordensregel des Hl. Benedikt, die im Kapitel 53 ausführlich über Gastfreundschaft handelt. Eröffnet werden die folgenden Regularien mit dem Satz: "Alle Fremden, die kommen, sollen aufgenommen werden wie Christus. denn er wird sagen: >Ich war fremd, und ihr habt mich aufgenommen. " Es folgt ein ganzer Katalog von Grundsätzen und Maßnahmen, die bei der Aufnahme von Gästen zu ergreifen sind. Unter den Gästen gilt einer Gruppe der Vorzug, wie es unter Ziffer 15 heißt: "Vor allem bei der Aufnahme von Armen und Fremden zeige man Eifer und Sorge, denn besonders in ihnen wird Christus aufgenommen. Das Auftreten der Reichen verschafft sich ja von selbst Beachtung."

Bewusst wurde als Namensgeber und Patron der Scheune der Hl. Martin von Tours gewählt, der selbst in seinem Leben vielfältige Erfahrungen des Fremdseins gemacht hatte

³ Lutterbach 2022, 90.

und zum Vorbild dafür geworden ist, großherzig das, was man hat, mit denen, die nichts haben, zu teilen.

Wie damals ist die Zahl derer, die nichts haben, groß - nicht nur in anderen, ärmeren Teilen der Welt, sondern auch bei uns. Den Angaben der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungshilfe zufolge waren im Verlauf des Jahres 2022 607.000 Menschen zeitweise wohnungslos. Davon lebten circa 50.000 auf der Straße, waren also obdachlos. Die anderen kamen bei Verwandten. Freunden oder in Notunterkünften unter. Die Gesamtzahl lag um 58 Prozent höher als 2021, wo sie sich auf rund 457.000 Fälle belief. Besonders betroffen sind Wohnungslose ohne deutschen Pass.4 Aber auch der Anteil von Frauen und jüngeren Menschen wird seit einiger Zeit größer. Hinzukommen in letzter Zeit mehr und mehr Familien, die keine für sie geeignete und bezahlbare Wohnung finden. Die Ursache für Wohnungslosigkeit besteht hauptsächlich in einer wirtschaftlichen Notlage der Betroffenen, teilweise hervorgerufen durch kritische Lebensereignisse wie Scheidung,

Arbeitslosigkeit, Krankheit u.a.m. Verschärfend tragen dazu strukturelle Ursachen bei wie der Mangel an für finanziell schlecht gestellte Menschen bezahlbaren Mietpreisen für Wohnungen, dem fehlendem Bestand an Wohnungen überhaupt sowie die Immobilienspekulation. Auch wenn die Politik darauf zu reagieren bemüht ist, wird sich vorerst daran nichts ändern.

Nicht zuletzt mit Rückblick auf die entsprechenden theologischen und sozialethischen Vorgaben der Bibel können sich auch die Kirchen nicht aus der Wohnungsfrage heraushalten. Anzuerkennen ist, dass ihrerseits auch hierzulande Einiges in diesem Bereich geschieht. Der Caritasverband und die Diakonie halten eine beachtliche Reihe von professionellen Hilfsangeboten für von Wohnungsnot Betroffene bereit wie Fachberatungsstellen, Tagesaufenthalte, Einrichtungen betreuten Wohnens u.a.m.5 Daneben gibt es vielfältige Einzelinitiativen und -projekte wie Öffnung von Kirchen und Gemeindehäusern für obdachlose Menschen in eisigen Winternächten, Lebensmittelausgaben (Tafeln), Suppenküchen etc. So wichtig und notwendig diese verschiedenen Hilfsmaßnahmen sind, so sind die Kirchen, gerade weil

sie mit der Tatsache der Wohnungsnot vertraut sind, verpflichtet, diese nicht nur zu lindern, sondern dazu beizutragen, dass strukturell das Notwendige getan wird, um sie zu beheben, und dass dazu auch die Ursachen aufgedeckt und angegangen werden. In dieser Hinsicht wäre eine stärkere Einmischung seitens der Kirchen in die Wohnungspolitik erforderlich, auch wenn das ihnen von bestimmten Kreisen in Wirtschaft und Politik nicht honoriert werden dürfte. Als vorbildlich dafür. in aller Klarheit die strukturellen Probleme der Wohnungsmisere zu benennen, kann auf zwei Dokumente verwiesen werden: das Dokument der Päpstlichen Kommission "Justitia et Pax": "Was hast du für deinen obdachlosen Bruder getan? – Die Kirche und das Wohnungsproblem" aus dem Jahr 1987⁶ und das Basisdokument der Brasilianischen Bischofskonferenz zur "Kampagne der Brüderlichkeit 1993": "Wo wohnst Du? - Zur Wohnungsproblematik im heutigen Brasilien"7. Umso glaubwürdiger werden der prophetische Einspruch gegen die Wohnungsmisere und die Vorschläge zu deren Behebung seitens der Kirchen, wenn sie die Frage auch an die eigene Adresse richten,

wie sie mit ihrem Besitz von Boden und Häusern umgehen.

So unerlässlich es ist, den Blick auch auf strukturelle Gegebenheiten zu richten, sollen ungerechte Gegebenheiten überwunden werden, so dürfen die Einzelfälle, die konkreten Personen, die von diesen Verhältnissen negativ betroffen sind, nicht übersehen werden. Dazu darf das Tun in der Martinsscheune als beispielhaft angeführt werden. Die dort Mitarbeitenden wissen zu berichten, wie es konkret den Personen, die an die Tür der Herberge klopfen, geht, welches Schicksal sie hinter sich haben und was sie sich für ihr Leben erhoffen. Die Mitarbeitenden lässt das nicht gleichgültig. Grundlegend für ihre Begegnungen mit den Gästen ist ihre Überzeugung, "dass in jedem von uns hinter der Maske, die wir alle tragen, ein kostbarer Kern vorborgen liegt"8, was zu einem unbedingten Respekt voreinander anhält. Es kommt darauf an, jedem und jeder, so wie er oder sie ist, die Erfahrung der bedingungslosen Liebe Gottes, des Angenommen- und Beiahtseins durch ihn zukommen zu lassen – auch wenn das Menschen nie vollkommen gelingt.

Vgl. https://www.bagw.de/fileadmin/bagw/media/Doc/PRM/PRM_PM_BAG_W_Pressemappe_Hochrechnung_Zahl_der_wohnungslosen_Menschen.pdf

⁵ Vgl. dazu die Homepages des Caritasverbandes und der Diakonie.

⁶ Vgl. Basisdokument 1993.

⁷ Vgl. P\u00e4pstliche Kommission 1988; vgl. auch die Zusammenfassungen beider Dokumente in Thien 1998, 174-183.

Sr. Monica Lewis, Der kostbare Kern.
Die Geschichte eines Neubeginns, in:
Martinsscheune 2022, 4f.

In der Festschrift zum 25-jährigen Jubiläum der Martinsscheune sind liebevoll Porträts von 23 Gästen aufgeschrieben worden, die einen authentischen Einblick in die dort stattfindenden Begegnungen geben und beim Lesen ans Herz rühren. Beispielhaft seien angeführt: Inge9 war mit einem Firmenchef verheiratet und besaß viel Geld. "Aber die Firma überschuldete sich. Das Haus und die Ställe. ihre geliebten Tiere, die Hunde und die Pferde sowie ihr gesamter Schmuck, alles, was sie besaß, wurde zur Begleichung der Verbindlichkeiten verkauft." Ihr Mann erkrankte schwer. Sie musste ihr Haus verlassen und mietete einen Wohnwagen auf einem öffentlichen Campingplatz. Um die kalte Jahreszeit zu überbrücken, fand sie Aufnahme in der Martinsscheune. Die in ihrer Kindheit gemachte Erfahrung, dass sie von Gott geschützt und beschenkt ist, trug sie, wie sie bezeugte, durch ihr krisenvolles Leben und ermöglichte ihr einen Neuanfang, wie bescheiden auch immer. Crissi¹⁰. 27 Jahre alt. wurde von der Polizei in einer Frostnacht am Straßenrand aufgelesen bei der Martinsscheune abgegeben. Sie war drogensüchtig und völlig verwahrlost. Das erste

74

Mal hielt sie es in der Herberge eine Woche lang aus, das zweite Mal zehn Tage Der Suchtdruck war für sie zu groß, um bleiben zu können. Schwester Johanna versicherte ihr, sie würde ihre Entscheidung respektieren und sie ziehen lassen, aber doch vermissen. Jupp¹¹ ist viel herumgekommen. "Alles, was er braucht, passt auf sein Fahrrad. Das Kloster kennt er schon lange. Er schätzt die Butterbrote und den Kaffee, den er sich seit Jahren an der Pforte abholt." Als es zum Ausbau der Martinsscheune kam, beteiligte er sich aktiv daran. Während seines gelegentlichen Aufenthalts dort schlief er nicht im Bett, sondern legte sich davor in den Schlafsack. Nach ein paar Tagen ging er dann wieder auf die Walz. Er hatte ein Fahrtenbuch, mittlerweile sein drittes, in das er Stempel von Ämtern aus ganz Deutschland eintragen ließ. Als er nicht mehr losziehen konnte, zog er mit zwei anderen in eine Wohnung. Er wurde mit dieser neuen Situation nicht fertig und starb nach kurzer Zeit. Diese drei Beispiele müssen genügen, um deutlich werden zu lassen, dass und welche Spuren die Martinsscheune bei ihren Gästen hinterlässt, was also gewissermaßen das Geheimnis dieser Herberge ausmacht: mit Leib und Seele erleben zu dürfen, was es heißt, dass

jeder Mensch eine unantastbare Würde besitzt, dass die Gäste als Personen in ihrer Freiheit anerkannt und dazu ermutigt werden.

Die Erfahrungen, die mit einem solchen Umgang gemacht werden, wirken auch auf die Gastgeberinnen zurück. Das bezeugt Schwester Johanna Wiese wie folgt: "Nach fünf Jahren Mitarbeit in der Martinsscheune hat sich mein Blick ziemlich verändert. Man könnte sagen: von außen nach innen. Als ich nach und nach die Arbeit von Sr. Monica übernahm, war mein Blick auf unsere Gäste der einer Außenstehenden. [...] Dann geschah es, ganz langsam und zunächst unmerklich, einfach durch das Miteinandersein. dass der Abstand sich immer mehr verringerte. Und in dem Maße, in dem ich ihren Rissen begegnete, kam ich auch den Rissen in meinem eigenen Leben näher. [...] Ich begriff plötzlich: Ihre Ängste sind auch meine Ängste, ihre Existenznöte sind auch meine Existenznöte, ihre Schwäche ist auch meine Schwäche ... aber auch ihren Lebenswillen und ihre Liebensfähigkeit finde ich auch in mir. Für diese Erfahrung bin ich sehr dankbar. Es bleibt dabei, dass jede und jeder das eigene Leben durchtragen und durchkämpfen muss, das können wir einander nicht abnehmen. Aber das Wissen darum, dass es Risse in jedem Leben gibt, schafft eine Solidarität der

Hoffnung. [...] Erst durch die Risse und Bruchstellen, die jedes Leben hat, können wir Empathie entwickeln und empfangen. Und keine Finsternis ist so geschlossen, dass nichts mehr durchdringen kann."12

Die Martinsscheune – ein Ort des wechselseitigen Gebens und Neh-

Mit der Verleihung des Papst Johannes XXIII-Preises, die jetzt zum siebten Mal erfolgt, möchte der Pax Christ Diözesanverband Münster Menschen und Gruppen würdigen, die sich in besonderer Weise um die Weiterführung und Aktualisierung der Anliegen des Zweiten Vatikanischen Konzils bemühen und der Friedensliebe und Menschenfreundlichkeit von Papst Johannes XXIII ein "Gesicht in der Gegenwart" geben. Das gemeinnützige Projekt Martinsscheune - Herberge für Menschen in Not e.V. ist ein solches Gesicht.



12 Sr. Johanna Wiese, There is a crack in everything. Menschsein, in: ebd., 52.

⁹ Vgl. dies., Die Beschenkte. Die Geschichte von Inge, in: ebd., 24f.

¹⁰ Sr. Johanna Wiese, Tischgespräch. Die Geschichte von Crissi, in: ebd., 36-39.

¹¹ Lisa Oesterheld, Gemeinsam unterwegs. Die Geschichte von Jupp, in: ebd., 6.

Literatur:

- Basisdokument der CNBB zur "Kampagne der Brüderlichkeit 1993": "Wo wohnst du?" Zur Wohnungsproblematik im heutigen Brasilien (hg. vom Bischöflichen Hilfswerk Misereor), Aachen 1993 (Campanha da Fraternidade 1993, Onde moras?, Manual, Sao Paulo o.J.).
- Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2022): Ausmaß und Struktur von Wohnungslosigkeit. Der Wohnungslosenbericht 2022, Bonn.
- Hubertus Lutterbach (2022): Ein Recht auf "Liebe live"! Caritas in den Brechungen christentumsgeschichtlicher Kontinuität, in: Evangelische Theologie 82, 85-94.
- Martinsscheune (2022): 25 Jahre 25 Geschichten, Dinklage.
- Päpstliche Kommission Justitia et pax "Was hast du für deinen obdachlosen Bruder getan?" (1988), in: L'Osservatore Romano, Beilage X vom 13. März 1988, 9-12 (Original: Pontificia Comisión "Iustitia et Pax": ¿Que has hecho de tu hermano sin techo? La Iglesia ante la carencia de vivienda, Vatican 1987).
- Lars Schäfer (2023): Wohnungs- und Obdachlosigkeit, in: https://www.diakonie.de/wissen-kompakt/obdachlosigkeit.
- Ulrich Thien (1998):, Wohnungsnot im Reichtum. Das Menschenrecht auf Wohnung in der Sozialpastoral, Mainz.

pax christi -Delegiertenversammlung

in Mainz vom 27.-29.10.2023

Maria Buchwitz

Spannend, kontrovers, und dennoch trotz mancher unterschiedlichen Sichtweisen von einem gemeinsamen Geist und gemeinsamen Zielen getragen – so würde ich versuchen, die Stimmung unserer diesjährigen Delegiertenversammlung zu beschreiben.

Die vielen Gelegenheiten zu Gesprächen mit Menschen, die man bisher noch nicht kannte, geben den alljährlichen Zusammentreffen immer eine besondere Note. Die Berichte des Präsidenten, Bischof Peter Kohlgraf, des Bundesvorstandes und der Kommissionen und Arbeitsgemeinschaften, die über ihre Projekte in Form eines Worldcafes berichteten, boten einen guten Überblick über die Vielfalt der Themen und Aktivitäten, die unsere Bewegung kennzeichnet. Gerold König wurde mit einer großen Mehrheit von 63 Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen erneut zum Bundesvorsitzenden gewählt.

Zwei neue Kommissionen, die Kommission Aktive Gewaltfreiheit und die Kommission östliches Eu-

ropa, wurden neu eingesetzt sowie die AG Ökonomie und Ökologie erneut in ihrem Amt bestätigt. Zudem wurden vier inhaltliche Anträge in Kleingruppen intensiv beraten und mit großer Mehrheit verabschiedet. Zwei der Anträge waren Initiativanträge, der erste wurde aus aktuellem Anlass von den Diözesanvorständen in Essen und Rottenburg - Stuttgart eingebracht mit dem Titel "Rückkehr zur Menschlichkeit im Nahen Osten" und von der AG Mittel/Ost-Europa zum Asylanspruch für russische und ukrainische Kriegsdienstverweigerer. Den Aufbau einer staatlichen Struktur des gewaltfreien zivilen Widerstandes und den Einsatz auf allen Ebenen für einen sofortigen Waffenstillstand im Krieg in der Ukraine waren Gegenstand der anderen Anträge. Leider reichte das volle Programm nicht zur Diskussion der Anträge aus unserem Diözesanverband, die die deutsche und EU - Asylpolitik, Kirchenasyl, die Kriminalisierung der Klimaaktivist*innen und die Unterstützung der Position des Papstes im Ukrainekrieg betrafen. Alle vier Anträge werden in der nächsten Sitzung des Bundesvorstandes beraten.

78

Der Studienteil "Der Krieg in der Ukraine und die Auswirkungen dieses und anderer Kriege auf das Klima und die Situation des Globalen Südens" am Samstagnachmittag bestand aus zwei Teilen, dem Austausch zum Thema in Kleingruppen und dem hervorragenden und den Blickwinkel erweiternden Impulsvortrag von Dr. Boniface Mabanza Bambu. Hier wäre eine umgekehrte Reihenfolge sinnvoller gewesen, damit in die Beratungen der Kleingruppen die Aspekte des Vortrages hätten einfließen können. Mabanza lieferte eine klare Analyse, wie vor dem Hintergrund zunehmender und nicht endender Kriege die weltweiten Verteilungskämpfe sich verschärfen und mehr und mehr fossile Energie benötigt wird, die Deutschland auf Kosten der einheimischen Bevölkerung aus Ländern wie bspw. Kohle aus Kolumbien bezieht. Für die globale Führerschaft bei grüner Energie, die Deutschland

anstrebt, um unseren Wohlstand zu sichern, werden günstige Rohstoffe aus Afrika benötigt, Bauxit aus Guinea, Mangan aus Südafrika die koloniale Logik bleibt erhalten und die sogenannten westlichen Werte werden je nach der politischen Interessenlage interpretiert. Fazit: Wenn wir nicht ernsthaft an strukturellen Veränderungen arbeiten, die ein Ende der weltweiten produzierten Ungleichheit, die Überwindung von Hunger und Armut anstreben, wiederholen wir die immer gleichen Fehler der Vergangenheit und lernen nicht aus der Geschichte. Der Vortrag kann unter https://youtu.be/Z-qh0fzIzAM nachgehört werden.

Der Samstagabend war ganz der Verabschiedung von Christine Hoffmann gewidmet, die zum 1. Februar 2024 in den wohlverdienten Ruhestand geht. Alle Diözesanverbände. Kommissionen und ihre Mitarbeiter*innen hatten etwas Persönliches, das sie mit Christines Einsatz für Frieden und die "Aktion Aufschrei" verbinden, verfasst und gaben dies in allen möglichen kreativen Variationen zum Besten. Musikalisch umrahmt wurde dieser persönliche Abend von zwei hervorragenden Tangomusikern. Christine Hoffmann wird der Bewegung mit ihrem fast unerschöpflichen Einsatz fehlen.



Im Jahre 2003 fand in Gronau die grenzüberschreitende Landesgartenschau mit Losser statt. Die Kirchengemeinden wollten auf der Laga auch aktiv sein. In der Nähe der Grenze an der Dinkel errichtete man den Kirchengarten Oase. Viele Gemeinden aus dem Grenzgebiet diesseits und jenseits der Grenze beteiligten sich daran. In dem Jahr wurden täglich verschiedene Veranstaltungen angeboten wie z.B. kurze Andachten, Diskussionen und mehr.

Die Gruppe pax christi aus Ahaus ließ ein Monument auf dem Gelände errichten mit dem Thema: Von Angesicht zu Angesicht. Das Monument wurde von einem Künstler aus Ahaus (T. Groten) entworfen.

Den Leuten gefiel die Idee der Oase so gut, dass am Ende des Jahres 2003 ein Verein gegründet wurde, der die Aktionen weiterführt. Von Ostern bis Erntedank ist die Oase jetzt geöffnet. Die Saison beginnt mit einem Ostergottesdienst kurz vor Sonnenaufgang und endet mit einem Früchtefest. Alle 14 Tage freitags abends findet ein "Oasefeuer" statt. Es werden unterschiedliche Themen vorgestellt und anschließend bei Brot und Wein darüber diskutiert. Die Gestaltung wird von deutschen oder niederländischen Referenten übernommen. Es wurden gemeinsame Gottesdienste mit Deutschen und Niederländern gefeiert.

80

Während der Coronazeit mussten viele Aktivitäten ausfallen. Jetzt sind wir wieder dabei, die Aktionen neu zu beleben. Leider wurde die Holzhütte immer wieder beschädigt und zweimal eine Toilette in Brand gesteckt. Im Sommer 2022 wurde die Hütte angesteckt. Der hintere Teil der Hütte brannte völlig ab. Es blieb nur Schutt und Asche übrig.

Der vordere Teil der Hütte war auch so in Mitleidenschaft gezogen worden, dass er auch abgerissen werden musste. Im August wurde im Rahmen einer Mitgliederversammlung nach heftiger Diskussion entschieden, dass die Oase weitergeführt wird. Im Frühjahr 2023 haben wir zwei Container erworben und in mühevoller Arbeit eingerichtet.

Auch das Gelände um die Container musste neu hergerichtet werden. Eine Hecke an den Außenseiten der Container soll diese verdecken. Ab Ostern konnten wir dann wieder weitermachen. Innerhalb der Woche kommen auch einige Kindergärten auf die Oase, die die Natur erkunden. Außerdem können sie erleben, wie aus Körnern ein Brot entsteht, das im Lehmofen gebacken wird.

So hoffen wir. dass im nächsten Jahr es mit Elan weitergeht.





Zur Rede des Bundesministers für Verteidigung

Boris Pistorius (SPD) auf der "Westfälischen Friedenskonferenz" - Kommentar

Wolfgang Kowallick

Im Historischen Rathaus in Münster hat am 15. September erstmals die "Westfälische Friedenskonferenz" stattgefunden. Der Initiator dieser Konferenz ist die "Wirtschaftliche Gesellschaft für Westfalen und Lippe" (WWL). Zur WWL gehören ca. 100 regionale Unternehmen. Alle zwei Jahre vergibt die WWL auch den "Internationalen Preis des Westfälischen Friedens". Der Sender Phönix hat die Veranstaltung aufgezeichnet, die man in der ARD-Mediathek aufrufen kann.

Diese Veranstaltung stellt sich in den Kontext der Erinnerung an das Ende des Dreißig-jährigen Krieges vor 375 Jahren mit dem Westfälischen Frieden. Sie ist eine Veranstaltung von gesellschaftlichen Eliten für Eliten, deshalb taucht sie auch nicht bei den Friedens-veranstaltungen in dem Münsteraner Flyer "Friedenskultur-Kultur-Monat September 2023", die sich an alle Bürgerinnen und Bürger wenden, auf.

Ich will hier nicht die mehrstündige "Westfälische Friedenskonferenz" skizzieren, bei der namhafte Persönlichkeiten aus Politik. Wirtschaft und Wissenschaft auftraten, zu denen der Bürgermeister der ukrainischen Hauptstadt Kiew, Vitali Klitschko, sowie der Bundes-verteidigungsminister Boris Pistorius (SPD) gehörten.

Ich möchte hier nur auf die Rede von Pistorius eingehen, der sich selbst als "Verteidigungsminister und Osnabrücker, als Inhaber der Befehls- und Kommandogewalt" vorgestellt hat. Also als ein Minister, der sich gemäß Artikel 56 des Grundgesetzes dem ... "Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren. Schaden von ihm wenden" ... will. Dennoch ist seine Rede ein Musterbeispiel für Ideologisierung und Popularisierung und entkernt den Friedensbegriff von sämtlichem pazifistischem Gedankengut.

83

Pistorius sieht Geschichte als Inspiration, insofern inspiriert ihn auch der Westfälische Friede. Nach einleitenden Ausführungen zum Dreißigjährigen Krieg und dem trotz des kriegerischen Grauen gelingenden Westfälischen Frieden gelangt Pistorius zu dem folgenden persönlichen Statement: "Der erste Punkt, der ihn der Westfälische Friede gelehrt hat, ist die Hoffnung. Die Hoffnung und die Zuversicht, dass Frieden immer möglich ist. Wenn der Westfälische Friede eines lehrt. dann ist es dies, mit ausreichendem Willen, den richtigen Bedingungen - natürlich, vor allem mit Mut und Kreativität ist Frieden scheinbar auch in aussichtslosesten Fällen möglich." (...)

"Wir lernen aber daraus auch und das ist die zweite Lehre, dass wir für den Frieden kämpfen müssen. Kämpfen, das tun auch die mutigen und tapferen Ukrainerinnen und Ukrainer, lieber Vitali Klitschko. Sie kämpfen gegen den russischen Aggressor und für ihre Freiheit und dabei unterstützen wir sie, denn die Ukrainerinnen und Ukrainer verteidigen eben auch unsere Sicherheit und unsere Freiheit." (langanhaltender Beifall)

In einer nachfolgenden Podiumsrunde greift Klitschko dieses Mantra, diesen Leitsatz auf: "Wir verteidigen nicht nur die Ukraine, wir verteidigen auch eure Werte." Ja, es ist ein Krieg, aber ein Verteidigungskrieg, der gegen einen skrupellosen Aggressor geführt wird. Und dieser Krieg wird auch in unserem Namen für unsere Wertegemeinschaft geführt, weil Putins Aggressionsvorhaben die ehemalige sowjetische Einflusssphäre auf ganz Osteuropa ausdehnen will, wie es Klitschko geäußert hat.

Um welche Werte geht es hier überhaupt? Genannt werden Sicherheit und Freiheit, sowie das Streben nach einer demokratischen und westlich orientierten Lebensform. Verschwiegen wird die Verherrlichung des Banderismus, - auch wenn er nur eine Minderheit in der Ukraine betreffen mag. Stepan Bandera kollaborierte während des 2. Weltkrieges mit den deutschen Nazis und war an den Pogromen gegen die jüdische Bevölkerung beteiligt. Nach dem Zerfall der Sowjetunion hat sich mit der Bildung eines Oligarchensystem die Korruption im Land ausgebreitet.

Für mich ist der Krieg, bei dem jeden Tag hunderte Ukrainerinnen und Ukrainer aber auch Russinnen und Russen sterben müssen, das größere Übel. Das Leben eines jeden Menschen ist das höchste Gut, das für keinen anderen Wert geopfert werden darf. Ich möchte nicht, dass in unserem Namen und damit auch

in meinem Namen Ukrainerinnen und Ukrainer, Russinnen und Russen sterben müsse.

Dagegen lautet Pistorius' Maxime: "Der Frieden müsse erkämpft werden."

Genau hier ist der Kipppunkt einer friedenspolitischen Argumentation.

Wenn der Frieden erkämpft, also in einer kriegerischen Aktion erzwungen werden muss, dann ist dies ein Widerspruch in sich selbst. Dann ist kein moralischer Disput, kein politisches Streitgespräch gemeint, sondern der Einsatz von militärischen Mitteln, also Krieg. Hier werden pazifistische Argumente völlig beiseitegeschoben. Formen einer sozialen Verteidigung, die auf einem gewaltfreien Widerstand basieren, erscheinen dann als wirklichkeitsfremd und sind völlig indiskutabel. Es ist perfide vom Frieden zu sprechen, wenn doch Krieg gemeint ist. Der Krieg kann niemals ein hinreichendes Mittel zum Frieden sein.

Nachdem Pistorius den Frieden verteidigungspolitisch okkupiert hat, darf er auch "stolz und dankbar" darüber berichten, "dass Deutschland inzwischen der zweitgrößte Unterstützer der Ukraine geworden ist. Wir liefern der Ukraine militärisches Material in einem

allergrößten Umfang." Ferner werden 10.000 ukrainische Soldaten in Deutschland ausgebildet. Das Deutschland nicht nur militärische Unterstützung leistet, sondern auch über eine Million ukrainische Flüchtlinge aufgenommen hat und versorgt, ist keine Silbe wert und passt nicht in den militärisch getrimmten Kontext.

"Unsere Unterstützung werden wir so lange fortsetzen, wie es nötig ist, immer in Abstimmung mit unseren Partnern. Die Ukraine entscheidet, wann der Zeitpunkt für Verhandlungen gekommen ist. Das entscheiden nicht wir." Bzw. ist es Putin, der den Krieg jederzeit beenden kann, in dem er seine Truppen zurückzieht.

Unsere friedenspolitischen Aktionen beschränken sich scheinbar darauf, weiterhin und fortdauernd über einen ungewissen Zeitraum Waffen, nein Verteidigungswaffen, an die Ukraine zu liefern.

Neben der Bereitstellung von Waffensystemen für die Ukraine geht es Deutschland als führende Handelsnation um die Sicherung internationaler Seewege, um die "Freiheit der Meere" "Es darf kein Zweifel bestehen, dass wir unsere Freiheit und Sicherheit verteidigen." Pistorius schließt seine Rede mit den Worten: "Es ist immer richtig, an den Frieden zu glauben und immer

nötig, für den Frieden zu kämpfen." Die Erinnerung an die deutsche Geschichte lässt sich nicht einfach beiseiteschieben, auch wenn wir meinen, dass wir heute als eine der führenden Handelsnationen andere Inter-essen vertreten müssen. Im zweiten Weltkrieg hinterließ die deutsche Wehrmacht ein verwüstetes Osteuropa, wobei die Sowjetunion allein 27 Mill. Tote – meist Zivilisten – zu beklagen hatte. Das Diktum, das fortan die deutsche Außenpolitik prägte und hoffentlich auch weiterhin prägen wird, lautete: "Nie wieder Krieg!" Im Kalten Krieg durchbrach Willy Brandt, der Friedensnobelpreisträger, mit seiner Entspannungspolitik das starre Schema einer konfrontativen Ost-West-Politik, das von einem permanenten Rüstungswettlauf und einer gegenseitigen nuklearen Abschreckung geprägt war. Sein politisches Handeln entsprach der Devise: "Es gilt sich gegen den Strom zu stellen, wenn dieser sich wieder einmal ein falsches Bett zu graben versuchte."

Dies erwarte ich auch bei der Gestaltung einer überzeugenden deutschen und europäischen Friedenspolitik und nicht eine "Zeitenwende" mit "Doppel-Wumms", die mit einer forcierten Aufrüstung die Menschen immer weiter in den Wahnsinn eines Kriegspolitik treibt. Es gilt offensichtlich wieder

"Si vis pacem para bellum" ("Wenn du Frieden willst, rüste zum Krieg") und nicht der Grundsatz der Mediatoren am Ende des Dreißigjährigen Krieges: "si vis pacem para pacem" - wenn du den Frieden willst, bereite den Frieden vor.

Wir müssen Frieden schaffen ohne Waffen, wir können ihn nicht erkämpfen, dies gelingt nur mit Worten. Das Johannes-Evangelium beginnt mit den Worten: "Im Anfang war das Wort (der Logos)". Mit dem Logos, dem Wort und der Vernunft gleichermaßen beginnt der Dialog. Er ist "die einzige vernünftige Tür zum Frieden" wie es Papst Franziskus formuliert hat. Keine Waffen, sondern nur der Dialog kann die scheinbar unüberbrückbare Diskrepanz zwischen Opfer und Aggressor überwinden. Solange aber der Populismus mit seinen demagogischen Reden, die Vernichtung des bzw. den Sieg über den Gegner, seinen Ruin propagiert, wird der mörderische Krieg weiter angeheizt und in seinen Konsequenzen immer unkalkulierbarer.

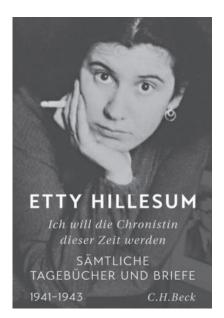
Den Dialog auch bei asymmetrischen Konflikten zu ermöglichen, ist eine Aufgabe der Diplomatie. Die Mediatoren des Dreißigjährigen Krieges beherrschten die Kunst des Friedensschließen, indem sie eine gemeinsame Sprache gefunden hatten, in der sie die Maske des

Bösen entlarven konnten und den Menschen in seiner Bedürftigkeit wieder sichtbar machten. Dabei geht es nicht nur um die Erfahrungen des eigenen Leids, sondern auch darum, im Antlitz des Anderen, auch des Aggressors, des Feindes das Leid wahrzunehmen. Die "teilnehmende Wahrnehmung fremden Leids" (der Münsteraner Theologe J.B. Metz spricht von "Compassion") ist bei der zukünftigen Friedensgestaltung eine unbedingte Voraussetzung.

Rezension

Etty Hillesum: Ich will die Chronistin dieser Zeit werden. Sämtliche Tagebücher und Briefe 1941-1943

Eberhard Ockel



Das Vorwort vermittelt einen Eindruck der Tagebuchschreiberin, ihrer schriftstellerischen Begabung, ihrer Schreibdisziplin und der Bedeutung als Zeitdokument aus einem niederländischen Durchgangslager für holländische und deutsche Juden.

Der niederländische Herausgeber Smelik informiert in seiner Einleitung ausführlich über die Autorin, ihre Eltern und ihren Werdegang. Vor allem der Psycho-Chirologe Julius Spier und ihre Rolle als Versuchsperson und spätere Vertraute von "S", wie sie ihn in ihren Tagebüchern nennt, werden ausführlich und in vielfältigen Begegnungsmomenten beschrieben. Auch die verschlungenen Wege bis zur vorliegenden Gesamtausgabe werden geschildert.

Der Band enthält zehn Hefte mit Tagebüchern von ursprünglich elf über einen Zeitraum vom 8. März 1941 bis 13. Oktober 1942. Dann folgen Briefe von ihr von 1939 (?; 699) bis zum 7. September 1943 (840f), Briefe an sie vom 13. Januar 1941 (842) bis 26. Februar 1943 (849ff) und Briefe über sie vom 7. September 1943 (852ff) bis 11. September 1943 (856). Ein kurzer persönlicher Essay über Osias

Kormann von seinem Sohn Gerd rundet den Kreis der Freunde der Autorin.

Im Anhang finden sich der Dank für die finanzielle Unterstützung der deutschen Ausgabe (863), ein Nachwort der Übersetzerinnen mit einer Erläuterung der Schrifttypwechsel und günstiger Arbeitsbedingungen (864ff) sowie unglaublich inhaltsreiche Anmerkungen, die heftweise gezählt werden und dank sinnvoller Gliederung die Lektüre entscheidend erleichtern (867-961), ein Bildnachweis (962) der Tafeln (496f), das Verzeichnis der Briefe (963f) und ein umfangreiches Personen-(965ff) und Schlagwortregister (975ff). Auf einer letzten Seite (989) findet sich die Kurzvorstellung der Autoren und Übersetzerinnen.

Wer eine Chronik der Erlebnisse durch diese hoch- und sprachbegabte und sensible Beobachterin erwartet, wird enttäuscht.

Wie ein roter Faden zieht sich allerdings die Reflexion über Beziehungen – vor allem zu Julius Spier und ihrem Vermieter, Freund und Sexualpartner "Han", Hendrik Johannes Wegerif – durch die Tagebücher.

Daneben stehen zunehmend bedeutungsvoll Rilke-Zitate und Lesefrüchte aus Hillesums umfangreicher Lektüre. Ihr Interesse am Unterschied zwischen den Geschlechtern bricht sich immer wieder Bahn, zum Beispiel anhand von Lektüreerfahrungen (237f)

Sie serviert scharfsinnige Charakterstudien von Zeitgenossen (462f) und Verwandten mit eingestreuten humoristischen

Episoden (426).

Das Nachdenken über Hillesums innere Entwicklung und das Ringen um eine Liebe, die alle Menschen umfasst und weit über den Wunsch nach körperlicher Nähe hinausgeht, bestimmt den größten Teil ihrer Texte. Dabei spielen die Abgrenzung von Spier und Han eine immer bedeutendere Rolle. Angesichts des

Etty Hillesum: Ich will die Chronistin dieser Zeit werden. Sämtliche Tagebücher und Briefe 1941-1943, Hg. v. Klaas A. D. Smelik. Deutsche Ausgabe herausgegeben von Pierre Bühler, Aus dem Niederländischen von Christina Siever und Simone Schroth. Mit einem *Vorwort von Hetty* Berg München: C. H. Beck, Hardcover, 989 Seiten, ISBN 978-3-406-79731-6, 42 €

Todes von "S" wird Etty der Unterschied zwischen Seele und Leib dankbar bewusst (656f).

Träume werden gleichsam zu Schlüsselerfahrungen in Ettys Entwicklung zur Selbstständigkeit (347ff). Und der Stand dieser Entwicklung wird immer wieder überprüft.

Immer mehr tritt die Beziehung zu Gott in den Mittelpunkt ihrer Selbstreflexion (660).

Die immer schrecklicher werdenden Rahmenbedingungen der Aufzeichnungen gehen einher mit einer bewundernswerten zunehmenden inneren Unabhängigkeit, die sich in den Worten zusammenfassen lässt "das Leben ist schön" und "die Menschen sind liebenswert". Zweifellos verdankt sich diese Entwicklung der engen emotionalen Bindung mit "S" und Hillesums Verbundenheit mit Gott.

Die Tagebücher und Briefe spiegeln eine innere Entwicklung, die sich bis in die letzten Schriftäußerungen hinein durchsetzt (840f).

Weit über ihre Zeit hinaus wirken Aufzeichnungen und Briefe modellhaft für eine Verbesserung menschlichen Zusammenlebens durch eine rückhaltlos ehrliche Selbstreflexion und Kritik des jeweils eigenen Verhaltens. Insofern ist das Buch ein zeitloses Dokument aufmerksamen, rücksichts- und liebevollen menschlichen Zusammenlebens.

Gegenwärtig – angesichts der Krisen und kriegerischen Auseinandersetzungen weltweit – scheint mir das Buch geradezu ein Weckruf.

GEDANKEN





Bürozeiten/Kontakt

Daniel Kim Hügel (Friedensreferent): Montag, Dienstag und Donnerstag von 8.30 bis 14 Uhr sowie Termine nach Vereinbarung, Email: d.huegel@paxchristi.de

pax christi-Büro Münster Schillerstraße 44a, 48155 Münster

Telefon: 0251-511420 Handy: 01573-3313106

Email: muenster@paxchristi.de

Webseite: www.muenster.paxchristi.de

IMPRESSUM

Herausgeber: pax christi Diözesanverband Münster

Schillerstraße 44a, 48155 Münster, Telefon: 0251/511 420

 $\hbox{E-Mail: } muenster@paxchristi.de, Homepage: www.muenster.paxchristi.de\\$

Bankverbindung: Darlehnskasse Münster IBAN: DE40 4006 0265 0003 9626 00

Redaktionsmitglieder: Bernhard Damm, Daniel Kim Hügel, Jan Hendrok Röttger

Lektorat: Christel Bußmann, Eberhard Ockel

Bilder: privat, pixabay (wenn nicht anders angegeben)

Druck: Kleyer-Druck, Münster-Roxel / Layout: Inga vom Rath

Zum Abschluss wollen wir Ihnen die Worte aus dem Propheten Jesaja (Jes 9,1-6) mitgeben, die an Weihnachten gelesen werden:

Das Volk, das in der Finsternis ging, sah ein helles Licht; über denen, die im Land des Todesschattens wohnten, strahlte ein Licht auf. Du mehrtest die Nation, schenktest ihr große Freude. Man freute sich vor deinem Angesicht, wie man sich freut bei der Ernte, wie man jubelt, wenn Beute verteilt wird. Denn sein drückendes Joch und den Stab auf seiner Schulter, den Stock seines Antreibers zerbrachst du wie am Tag von Midian. Jeder Stiefel, der dröhnend daherstampft, jeder Mantel, im Blut gewälzt, wird verbrannt, wird ein Fraß des Feuers. Denn ein Kind wurde uns geboren, ein Sohn wurde uns geschenkt. Die Herrschaft wurde auf seine Schulter gelegt. Man rief seinen Namen aus: Wunderbarer Ratgeber, Starker Gott, Vater in Ewigkeit, Fürst des Friedens. Die große Herrschaft und der Frieden sind ohne Ende auf dem Thron Davids und in seinem Königreich, es zu festigen und zu stützen durch Recht und Gerechtigkeit, von jetzt an bis in Ewigkeit. Der Eifer des HERRN der Heerscharen wird das vollbringen.

> pax christi Münster wünscht Ihnen allen frohe und gesegnete Weihnachten und dass der Friede, den das Kind in der Krippe verspricht, sich auf der Welt immer weiter durchsetzen möge.